

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Insiderbericht aus der Hamas

2

Nein zum Antisemitismus-Import

21

So entstand der General Guisan-Marsch

36

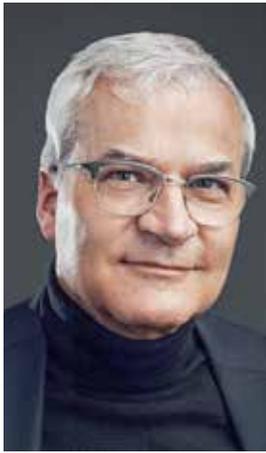


Insiderbericht aus der Hamas

Moritat des Hasses

von Markus Somm, Chefredaktor Nebenspalter

Wenn der kleine Mosab Hassan Yousef nicht gehorchte, was vorkam, dann band ihn einer der Erwachsenen an einen Pfahl und peitschte ihn aus; zehn Mal, zwanzig Mal, bis er nichts mehr spürte. Vielleicht war da noch Fleisch an seinen Knochen, er weiss es nicht.



Sein Vater, ein Gründer der Hamas, sass damals in einem israelischen Gefängnis, weshalb der Mann, der ihn geschlagen hatte, sich einbildete, seinen Vater vertreten zu müssen. Jedenfalls war es eine brutale Kindheit in Ramallah, wie sie Mosab Hassan Yousef vor kurzem dem britischen Journalisten Douglas Murray in einem Interview für The Free Press geschildert hat, einer amerikanischen Newsplattform.

Die Hölle auf Erden

Brutal, blutig, mitleidlos – nicht wegen der Israelis, den vermeintlichen Unterdrückern, sondern für diese Hölle auf Erden sorgten die Palästinenser selbst, allen voran die Hamas. Wer verstehen möchte, warum es für die Israelis so schwer sein dürfte, mit der Hamas oder anderen islamistischen Organisationen je zu einem Frieden zu gelangen, der sollte sich anhören, was Mosab Hassan Yousef zu erzählen hat: Es ist eine Geschichte der Indoktrination, eine Ballade der Aufhetzung, eine Moritat des Hasses.

In den vergangenen fünfzig Jahren haben manche palästinensischen Väter und Mütter, sofern sie sich politisch betätigten, ihre Kinder zu Monstern erzogen, die Juden und Christen für rüdische Hunde halten, die es zu bestrafen gilt, weil sie Gott nicht gehorchen. Natürlich verdient niemand mehr Hass als die Juden, und ob in Staatskunde, Geschichte oder selbst

Mathematik – auch in der Schule lernen die Kinder: An allem ist der Jud' schuld. Ich habe diese Nazi-Wendung mit Bedacht gewählt, weil vieles, was Mosab Hassan Yousef erzählt, an die perverse Pädagogik der Nazis erinnert, wo Kindern von früh auf beigebracht wurde, die Juden als Unmenschen zu begreifen. In den 1930er Jahren wurde eine ganze Generation mit Gift angefüllt, im Nahen Osten fand das gleiche bis in die Gegenwart statt. Die Folgen sahen wir am 7. Oktober.

Schon als Teenager ein Attentat versucht

Schon im Alter von zehn Jahren wurde Mosab Hassan Yousef das erste Mal verhaftet, weil er Steine auf Israelis geworfen hatte, was von einem Sohn eines Hamas-Führers ja das Mindeste war, was man erwarten durfte, und nur aus Zufall gelang es ihm nicht, schon als Teenager ein Attentat zu verüben. Glückliche Jugend in Ramallah. Stattdessen steckten ihn die Israelis bald ins Gefängnis, nachdem er des Waffenschmuggels überführt worden war. Er zählte keine 18 Jahre. Im Gefängnis kam er erst recht auf die Welt. Wenn er es nicht bereits gewusst hätte, dann erfuhr er jetzt, wie wenig es der Hamas um die eigenen Leute ging, für deren Befreiung sie sich doch einsetzte: Ohne dass die israelischen Aufsichtsbehörden das zu unterbinden vermochten, errichtete die Hamas-Führung im Gefängnis ein eigenes Terrorregime, wo Palästinenser, die sie der Kollaboration verdächtigten, gefoltert und getötet wurden. Laut Mosab Hassan Yousef starben Hunderte von Insassen, hingerichtet von der Hamas.

Doppelleben

Nun reichte es ihm, und mit einem Mut, den man kaum fassen kann, schlug er sich auf die Seite Israels. Noch

Malerei AG, Spritzwerk
Farbencenter

Bösiger

041 761 99 27
www.malerboesiger.ch

MWSt. + Porto inbegriffen

Drucker: Fr. 50.-
fabrikneu, nicht mehr im Sortiment volle Garantie
(farbig: Fr. 50.-, Multifunktion + 50.-, A3: + 50.-)

Monitor: Fr. 175.-
23,8", Full HD, USB-C, HDMI

Kopierpapier: Fr. 80.-
10 Pakete A4, 80 g, hochweiss
(andere Grammaturen, Formate und Farben auf Anfrage)

Toner für Drucker
Preis wie Brack-Discount, Kompatible Toner minus 30 %

Teil-Liquidation

OCoTex AG 041 799 50 00 info@ocotex.ch

im Gefängnis liess er sich vom Inlandgeheimdienst Schin Bet als Spion rekrutieren, und fortan lebte er das Doppelleben eines vermeintlichen fanatischen Hamas-Kämpfers, der insgeheim alles, was er in Erfahrung brachte, den Israelis verriet. Zahllose Selbstmordanschläge hintertrieb er so, zahlreiche Hamas-Kommandeure lieferte er ans Messer, manche sitzen noch heute im Gefängnis – und hoffen jetzt nicht ohne Grund, dass sie gegen eine israelische Geisel in Gaza ausgetauscht werden.

Der 7. Oktober

Um Mosab Hassan Yousef als Agenten zu schützen, gingen die Israelis sehr weit. Immer wieder wurde er verhaftet, man plagte ihn, man verfolgte ihn, einmal inszenierten die Israelis gar einen Raketenangriff auf seine Wohnung, dem er scheinbar nur knapp entrannte. Die Hamas blieb im Dunkeln. Nie wurde er enttarnt. Aber nach zehn Jahren hatte er genug. 2007 quittierte er den Dienst und verzog sich nach Amerika, wo er bis vor kurzem unerkannt lebte. Dann kam der 7. Oktober.

Als Murray ihn darauf ansprach und davon ausging, dass er nicht überrascht worden sei, fiel Mosab Hassan Yousef ihm ins Wort:

**«Doch, ich war überrascht. Hamas habe ich viel zuge-
traut. Aber das? Sie töteten alles, was sich bewegte,**



**Islamisten-Demo mit Forderung nach Kalifat.
Heute in Hamburg – morgen in Zürich?**

**Frauen, Kinder, ältere Menschen. Diese Brutalität,
diese Blutgier, das habe ich noch nie gesehen.»**

Kurz darauf kehrte Mosab Hassan Yousef nach Israel zurück, um seiner Heimat zu helfen, die Hamas zu zerstören.

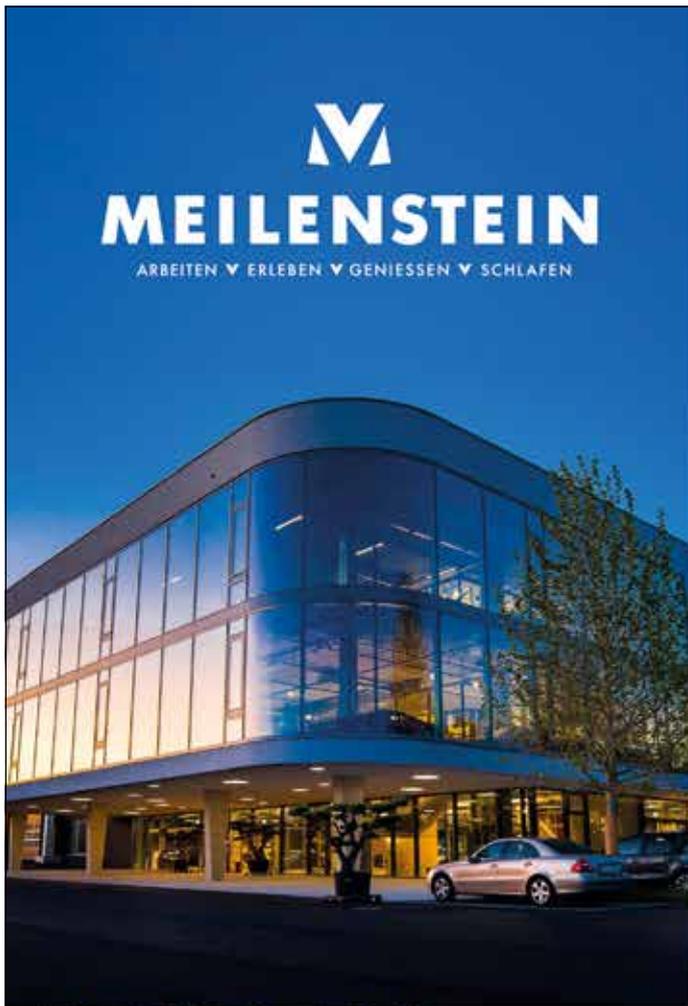
Markus Somm

Zweitabdruck aus der «SonntagsZeitung» vom 28. April 2024. Die Schweizerzeit-Redaktion dankt Markus Somm für die freundliche Genehmigung.

Die akademische Elite von morgen?

*cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl*





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

«Das aktuelle Zitat»

«Nichts ist verlogener als der Vorwurf des ‚Völkermords‘ gegen Israel. Es sind ja die Juden, die wieder einmal ausgelöscht werden sollen. Sie kämpfen in Israel um ihre nackte Existenz, nicht nur die individuelle, auch die als Volk und Staat. Ihre erste militärische Niederlage wäre vermutlich ihr Ende. Sie können sich keine Schwäche leisten. Das ist ihre 2'000 Jahre alte Lektion. Wie oft muss man das eigentlich noch sagen?»

Harald Martenstein, freier Autor, in der «Welt» am 22. April 2024

*

«Die Metapher «Das Boot ist voll» führt in Migrationsfragen nicht wirklich weiter, denn es passt immer noch jemand rein. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatte Deutschland 15 Millionen Einwohner, gegenwärtig sind es 85 Millionen, und auch bei 130 Millionen würde unsere Zivilisation nicht zusammenbrechen. Entscheidend ist, ob wir Deutschen und Europäer ethnisch und kulturell weiter in unserer abendländischen Tradition leben wollen. Wenn ja, müssen wir kulturfremde Einwanderungen aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten strikt begrenzen. Der neue, sich massenhaft ausbreitende Antisemitismus zum Beispiel ist überwiegend ein Einwanderungsphänomen.»

*

«Wenn Sie in Berlin (gilt auch für Zürich – die Red.) in einen Club wollen und der Türsteher lässt Sie nicht rein, dann müssen Sie eben draussen bleiben. Der Club übt sein Hausrecht aus. Und genau so muss es jedem Staat oder im Fall der EU jeder Staatengemeinschaft möglich sein, das ‚Hausrecht‘ auszuüben, also wirksam zu steuern, wer einreisen darf und ein Aufenthaltsrecht bekommt. Wo geltendes Recht dem entgegensteht, muss man das eben ändern.»

Dr. Thilo Sarrazin, Bestsellerautor, ehem. SPD-Mitglied, Berliner Finanzsenator und Bundesbankvorstand, in der «Jungen Freiheit», Berlin

Die Fronten klären sich



Eine nie dagewesene Welle antiisraelischer bis antisemitischer Agitation überflutet unsere Lande. Besonders betroffen: die Hochburgen der linken Woke-Schickeria in ganz Mittel- und Westeuropa. Auch in der Schweiz werden dieser Tage landesweit namhafte Bildungseinrichtungen von zahlenstarken Studentenmobs besetzt. Erst die ETH Lausanne, dann die Unis in Basel, Bern und Genf. Wenn sie einen explizit linken Anstrich haben, ist es aufgepeitschten «Studentenkollektiven» offenbar möglich, ungehindert öffentliche Räume in Beschlag zu nehmen und dabei – teils sekundiert von ihren Professoren – radikale Propaganda zu verbreiten. Man stelle sich den Aufschrei vor, junge Bürgerliche würden ähnlich handeln.

Die «pro-palästinensischen», woke-linken Studenten halten sich für unfassbar progressiv, wenn sie ihre Forderungen, wie jene nach einem «Wissenschaftsboykott Israels», skandieren. Dabei ist ihre Agenda in Wahrheit in weiten Teilen nichts anderes als antisemitische Hetze. Ich bin weiss Gott kein Freund davon, bei jeder Gelegenheit die Antisemitenkeule zu schwingen, wie das – auch das muss man sagen – einige jüdische Akteure in der Vergangenheit leider inflationär getan haben – und zwar vorwiegend, wenn es gegen uns Rechte ging. Vielleicht gibt es auch bei jenen jüdischen Kreisen, welche die Gefahr von links und vom politischen Islam lange ausgeblendet haben, endlich ein Umdenken.

Wenn Ableger von Studentenprotesten nun offen mit islamistischen Israelfeinden kooperieren, die Hamas-Verbrechen verharmlosen und Israel auf unhaltbare Weise «genozidale» (laut Duden «Völkermord betreibende») Kriegshandlungen vorwerfen, hat dies mit legitimer Israelkritik nicht mehr das Geringste zu tun. So hat es auch etwas Befreiendes, dass sich nun die Fronten klären. Auf der einen Seite stehen völlig enthemmte woke linke Kreise, aus denen der Hass gegen Israel nur so raussprudelt. Auf der anderen Seite stehen die Normalos – die schweigende Mehrheit, die Bürgerlichen, die Solid-Rechten, welche die Relationen wahren und pragmatisch bleiben.

Es sind bezeichnenderweise jene linkstotalitären Gruppen besonders anfällig für Anti-Israel-Hetze, die noch vor Wochen hysterisch mit dem Finger auf die AfD (und hierzulande auf die Junge SVP) gezeigt und «nie wieder Faschismus» gebrüllt haben. Seien wir gespannt, ob die Massenmedien nun auch so penetrant Distanzierungen einfordern, wie sie es seit Jahren gegenüber der SVP zu tun pflegen.

Anian Liebrand

Spalte
rechts

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Urknall der Demokratie

150 Jahre Bundesverfassung 1874

Öffentliche Feier mit dem Musikkollegium Winterthur



Grussbotschaft
Stadtpräsident

Michael Künzle



Festansprache
alt Bundesrat

Christoph Blocher



Schlussworte
Regierungspräsidentin

Natalie Rickli

Samstag, 1. Juni 2024, 11.30 Uhr

Stadthaus Winterthur, Stadthausstrasse 4a, Winterthur

Türöffnung um 10.40 Uhr.

Eintritt frei.

Jedermann ist herzlich eingeladen. Im Anschluss
an die Feier wird ein kleiner Imbiss offeriert.

Komitee 150 Jahre demokratische Bundesverfassung

Dank Mitgliedern der SP

Lenin lebt

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Schweiz, das Land der revolutionären Kommunisten? Ja, «Der Funke», eine marxistische Organisation, hat kürzlich die «Revolutionäre Kommunistische Partei» (RKP) gegründet. Mit dabei: Juso und SP.



Die Gründung der RKP fand am 9. Februar 2024 statt. Zum «Funken» bekennen sich lokal bekannte Politiker der Juso, zum Beispiel der Thurgauer Juso Ex-Präsident Joël Reichelt. Er war sogar Geschäftsleitungsmitglied der kantonalen SP. Genug Zeit und Ressourcen, um die Positionen klar zu definieren und eine konkrete Agenda

vorzulegen, hatte man offenbar aber nicht. Stattdessen bekommen wir von der Sturmabteilung der Juso und der SP vage Aussagen und grosse Versprechen ohne konkrete Pläne.

Lehren aus dem Geschichtsbuch – oder eben nicht

Man könnte denken, dass eine Partei, die kollektive Aktionen der Arbeiterklasse wie Streiks und Demonstrationen fördert, ein wenig aus der Zeit gefallen ist. Aber hey, wer sind wir, um den Fortschritt aufzuhalten, nicht wahr? So strahlt einem ein breites, buntes Grinsen beim Aufruf der Website «derfunke.ch» entgegen: Es ist die Abbildung Lenins, passend ergänzt mit der Spitze wohlstandsverwahrloster Feststellungen, Lenins Theorien seien revolutionär, sein Werk unser Erbe: «Lenin lebt!»

Unklares Parteiprogramm, klarer Hass

«Der Funke» behauptet, er sei nicht linksextrem. Aber gegen Gewalt «seitens der Unterdrückten» hat man offenbar nichts. Das sei nicht dasselbe wie die «Gewalt der herrschenden Klasse». Wer etwas anderes sage, sei «konterrevolutionär». Mit solchen Denkfiguren legitimiert man Gewalt. So haben einige Querulanten kürzlich in einem Zürcher Wohnquartier die Wasserversorgung abgeschaltet und den Zugang dazu anschliessend zubetoniert. Der Anlass: «Boykottiert die Reichen». Welche Gewalt ist denn nicht «revolutionär» gerechtfertigt?



Kleber im Umfeld der Kanti Frauenfeld

Mitglieder um jeden Preis

Gleichzeitig wird die Gunst der Stunde genutzt, um neue «Genossen» anzuwerben. Die anlässlich des Palästina-Krieges sehr aufgemischte und rege

diskutierende Masse an Unis und Gymnasien scheint da nahezu perfekt. Im Teich der wohlstandsverwahrlosten Pimpfe wird mit der Angst vor dem Kapitalismus und der Gefahr durch die Juden um Mitglieder geworben. Und die «Revolutionäre» bekleben die Kandelaber in der Nähe der Schulen mit Karl Marx' Konterfei.

Lenin und Stalin

«Der Funke» bezeichnet sich selbst als marxistisch. Die Genossen Lenin und Stalin sind heldenhaft auf der Website abgebildet. Wissen die Jung-Marxisten, dass unter dem Banner dieser Ideologie noch mehr Menschen umgebracht wurden als unter Hitler? Es wäre interessant zu wissen, warum man sich für diese Bezeichnung entschieden hat und ob die Jusos und SP-Mitglieder sich der damit verbundenen historischen Last bewusst sind.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Keinen einzigen Punkt vergab die Schweizer Jury, welche die Länder-Darbietungen am Eurovision Songcontest (ESC) bewertete, an Israel. Ganz anders sah es das Publikum. Israel, vertreten durch die Sängerin Eden Golan, belegte Platz 1 und erhielt von den Schweizerinnen und Schweizern 12 Punkte. An einem Abend, an dem die israelische Delegation in der Halle ausgebuht und von anderen ESC-Teilnehmern gemobbt wurde, gab das internationale Fernsehpublikum eine klare Antwort: Israel erreichte im Publikumsvoting Platz 5 und staubte insgesamt 375 Punkte ab. Komisch, dass «unsere» Landesjury den israelischen Auftritt offenbar diametral anders wahrgenommen hat als das Volk. Ob die politische Brille nicht doch eine Rolle spielt?

al

Schluss mit Antisemitismus-Import!

Schauen Sie sich unsere Videoclips an und verbreiten Sie sie auf allen Kanälen. Jetzt diesen QR-Code scannen oder direkt auf www.schweizerzeit.ch gehen.



Leserbriefe

Nein zu gedeckelten Krankenkassenprämien

Gedeckelte Krankenkassenprämien (sie sollen maximal zehn Prozent eines Einkommens ausmachen) können ärmere Familien dazu verleiten, noch mehr Kinder zu bekommen. Teilzeitarbeit auf Kosten von Vollzeitarbeit würde damit noch mehr an Attraktivität gewinnen. Dies würde den Fachkräftemangel noch verschärfen. Die Bevölkerung ist primär selbstverantwortlich für ihre Gesundheit und einen gesunden Finanzhaushalt. Wo Not ist, genügt der indirekte Gegenvorschlag mit seinen prozentualen Mindestsätzen für die Entlastung wirklich bedürftiger Haushalte. Darum am 9. Juni 2024 Nein zur linken Prämieninitiative, für die einmal mehr der Mittelstand zur Kasse gebeten würde.

Alex Schneider, Küttigen AG

Nein zum Bundesgesetz für eine «sichere» Stromversorgung

Dieser Titel passt so gar nicht zu den geplanten Wind- und Photovoltaikanlagen. Denn diese sind keineswegs sichere Stromlieferanten: Hat es zu wenig Wind oder Sonnenstrahlung, fehlt auch die Stromproduktion. Zudem hört man von den enormen Kosten wenig bis nichts. So sollen Betreiber von Photovoltaik-Grossanlagen eine Einmalvergütung von bis zu 60 Prozent der Investitionskosten erhalten, die anfallenden Subventionen werden jedoch nicht beziffert. Dazu kommt der Netzausbau, der die Staatskasse bis 2050 mit 84 Milliarden Franken belasten wird. Nach Zahlen des Statistischen Amtes beträgt die Verschuldung in der Schweiz pro Person 145'000 Franken, und die Schuldzinsen belaufen sich auf 1,25 Milliarden pro Jahr. Es ist unverantwortlich, für ineffiziente Energieträger Steuergelder zu verschleudern und damit den Schuldenberg für unsere Kinder und Grosskinder zusätzlich massiv zu erhöhen. Darum am 9. Juni Nein zu diesem missratenen Gesetz!

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden BE

Kriminalprävention à la Schweiz

Ein schöngestiger Leitfaden ist erschienen für den Umgang mit «Staatsverweigerern und Selbstverwaltern». Der Direktversand erfolgt an alle Gemeinden der Schweiz. Offenbar will man den Bürger mundtot

Abgehobene Richter



Die Richter am Europäischen Gericht für Menschenrechte haben mit ihrem Klimaentscheid zu Diskussionen Anlass gegeben. Für mich ist das Verhalten des Gerichts jedoch keine Überraschung. Denn die Gefahr ist gross, dass sich Richter erhaben fühlen und genau zu wissen glauben, was nicht nur gerecht, sondern «richtig» ist. Meine erste entsprechende Erfahrung habe ich als Kantonsrat in den 80er Jahren gemacht. Ich bezeichnete den Auftritt des Obergerichtspräsidenten bei der jährlichen Abnahme des Berichts über die Gerichte als respektlos gegenüber dem Kantonsrat. Und im Lauf der Zeit festigte sich meine grundsätzlich kritische Haltung gegenüber Gerichten und Richtern, obwohl einzelne Kontakte mit Richtern diesen Eindruck nicht immer bestätigt haben. Aber die Gefahr, die Bodenhaftung zu verlieren, ist bei Richtern besonders gross. In meinem Bezirk hat sich dies vor einigen Jahren bei den Richterwahlen bestätigt: Die Kandidaten haben Notare und Friedensrichter, die von ihnen fachlich beaufsichtigt werden (!), offiziell zur Wahlunterstützung aufgefordert – und damit Abhängigkeiten ausgenützt. Immerhin müssen sich unsere Richter der Volkswahl (und auf Bundes- und Kantonsebene der Parlamentswahl) stellen. Auf europäischer Ebene hingegen sind es Organe, die mit unserer direkten Demokratie nicht vertraut sind. Das Resultat sind abgehobene Richter, die dazu neigen, das Recht eigenmächtig zu interpretieren. Darum dürfen wir keine fremden Richter akzeptieren!

Toni Bortoluzzi, a. Nationalrat, Affoltern a.A.

machen. Wer gegenüber den Behörden kritisch auftritt, ist offenbar ein Verschwörer und muss «beobachtet» werden. Wegen einigen Spinnern werden Unmengen an Ressourcen vergeudet, aber der Kampf gegen die Ostmafia und die mindestens 100'000 Illegalen im Land ist kein Thema. Da gibt es keinen Leitfaden.

Tis Hagmann, Schöftland AG



VOLAND

genuss | kreation | baumerfladen.ch

Bestellen Sie ihren Baumerfladen
mit persönlichem Text in unserem Shop
baumerfladen.ch



«Perpetuum mobile» des Sozialmissbrauchs



Im Oktober 2023 lebten in der Schweiz 66'143 Personen mit dem Schutzstatus S: Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erhalten ohne reguläres Asylverfahren sofort Schutz.

Das ist gut so. Doch auch eine andere Gruppe nutzt die Vorzüge des Status S – nämlich (EU-)Roma. Vor allem in den Kantonen St. Gallen und Thurgau erhalten immer mehr Roma den begehrten Ausweis. Sie werden nach Definition Bundesrat als «Teil der Gesellschaft» toleriert, gelten aber nicht wie Sinti oder Jenische als nationale Minderheit. Gesuche von zwei Roma-Organisationen lehnte der Bundesrat 2018 ab. Flugs fand man neue Wege, das Sozialsystem auszutricksen. Gaby Szöllösy, Generalsekretärin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK): «Roma mit Schutzstatus S sind fast schweizweit ein Thema!»

So funktioniert der Sozialbetrug: Roma-Clans beantragen und erhalten den «Ausweis S», obwohl sie zu einer andern Asylgruppe gehören. So sind sie zum Sozialhilfebezug bis zu 2'000 Franken pro Familie berechtigt. Claudia Nef, Leiterin «Verein St. Galler Integrationsprojekte»,

der im Auftrag von 77 Gemeinden für die Unterbringung von Geflüchteten sorgt: «Es zählen selbst Roma zu den Sozialnutznießern, die weder Ukrainisch noch Russisch sprechen. Sie legen einen «Blauen Pass» vor, erhältlich für 2'500 Franken im Ausland, und sind via S-Status sozialhilfeberechtigt. Es funktioniert schweizweit.» Pierre-Alain Schnegg, Berner Regierungsrat, vermutet dahinter ein «professionell strukturiertes Geschäftsmodell» von EU-Roma. Die St. Galler Mitte-Politiker Beni Würth und Nicolo Paganini lancierten Vorstösse zur Aberkennung des Schutzstatus S bei Missbrauch. Inzwischen kassieren Missbraucher des Status S eine Rückkehrhilfe von bis zu 2'000 Franken, reisen ab, kehren zurück und kassieren erneut. Alexander Ott, Chef Fremdenpolizei Bern, in der «Weltwoche»: «Wir stellen fest, dass immer mehr Personen den Schutzstatus missbrauchen!» Das SEM zeigt sich ausserstande, die Legitimität vorgewiesener Ausweise zu verifizieren.

Selbst ein Landesverweis wäre für die Status S-Betrüger kein Problem, seitdem das Bundesgericht Abgewiesenen, die die Ausreise verweigern, Anspruch auf finanzielle Unterstützung zuspricht. Das «Perpetuum mobile» des Sozialmissbrauchs bleibt also intakt.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Andrea Bösigger Paintings



www.andreaboesiger.ch



Andrea Bösigger ist eine Zuger Künstlerin, welche sich auf photorealistische sowie abstrakte Gemälde spezialisiert hat. Ihre Werke fertigt sie bevorzugt mit Acrylfarben auf Leinwänden von unterschiedlichem Format an. Auch Ölgemälde und Bleistiftzeichnungen finden sich unter ihren zahlreichen Arbeiten. Andrea Bösiggers Werke sind als Originale, sowie als Prints zu erwerben. Für weitere Informationen besuchen Sie doch die Webseite www.andreaboesiger.ch





«Weckruf!»

Pro Schweiz lädt zur 2. Mitgliederversammlung nach Bern:

Samstag, 25. Mai 2024, 10.30 Uhr

Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Kasernenstrasse 15, 3014 Bern



Alexandre Fasel



Roland Mayer



Dr. iur. Christoph Blocher



Prof. Dr. iur. Andreas Glaser



Nationalrätin Sibel Arslan



Prof. Dr. iur. Christa Tobler



Dr. med. Stephan Rietiker

10.30 Uhr

Beginn mit «Weckruf»
und Schweizerpsalm

Geschäftlicher Teil

12.15 Uhr

Mittagessen (nur für Angemeldete, Preis CHF 35)

13.15 Uhr

Politischer Teil:

«Schweiz – EU: wie weiter?»

Jetzt anmelden auf www.proschweiz.ch

Tel: 031 357 27 27 info@proschweiz.ch



QR-Code scannen und anmelden

PRO

Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag

«Man raubt uns die schweizerische Perspektive!»

von Stephanie Gartenmann, Bachelor of Law, Präsidentin www.ESiP.info, Generalsekretärin Junge SVP Schweiz, Matten bei Interlaken BE

Unser Zusammenleben und Wirken beruhen auf Recht. Das beginnt für uns Schweizerinnen und Schweiz so richtig im Bundesbrief von 1291. Mit den neuen EU-Verhandlungen wird uns der Bundesrat an Brüssel «wegrechten», also uns dem EU-Recht unterstellen.



Das EU-Recht hebt zunehmend unsere Gesetzgebung aus. Das betrifft den Föderalismus, die Sozialversicherungen, die Subventionen, die Steuern, die Zuwanderung, die Löhne, den Umwelt- und Tierschutz, den Verkehr, die Ausbildung und Forschung, die Energie. Und wir wissen heute nicht, was alles noch kommt – es droht die Katze im Sack.

Die Verhandlungen über das «Rahmenabkommen 2.0» werden uns die «Entsorgungsmarke» für unsere Souveränität bringen. Entscheidende Elemente unserer Souveränität wurden bereits vor den eigentlichen Verhandlungen von Bundesbern und EU-Brüssel von der Traktandenliste gestrichen. Das vom Bundesrat und der EU-Kommission vorverhandelte «Common understanding» (gemeinsame Erklärung), welches die wesentlichen EU-Forderungen vorwegnimmt, sowie das Verhandlungsmandat des Bundesrates sprechen zwar nicht von einer «automatischen», aber von einer «dynamischen» Übernahme von EU-Recht. Tönt gut. Bei neuen EU-Gesetzen dürften wir sogar mitdiskutieren, mitentscheiden aber nicht. Neues EU-Recht müsste umgehend in die schweizerische Gesetzgebung einfließen. Die EU gewährt uns etwas Zeit, damit noch schnell ein Placebo-Referendum durchgeführt werden könnte. Wenn wir aber an der Urne nein sagen, dann kommen Strafen, die Guillotine nach dem Motto «Vogel friss oder stirb!»

Sprechen wir endlich vom EU-Gerichtshof

Der Gerichtshof der EU (EuGH) ist das Rechtsprechungsorgan der EU. Er ist kein europäisches Gericht. Es ist irreführend, vom Europäischen Gerichtshof zu sprechen. Auf der Internetseite des EuGH steht nirgends «Europäischer Gerichtshof» (<https://curia.europa.eu>). Der Auftrag der EU-Richter in Luxemburg lautet, die einheitliche Auslegung und Anwendung von EU-Recht zu garantieren. So steht es auch im Vertrag über die Europäische Union: Art. 17: Sie (die EU-Kommission) überwacht die Anwendung des Unionsrechts unter der Kontrolle des Gerichtshofs der Europäischen Union.

Artikel 19 (1): Der Gerichtshof der Europäischen Union umfasst den Gerichtshof, das Gericht und Fachgerichte. Er sichert die Wahrung des Rechts bei der Auslegung und Anwendung der Verträge. (3) Der Gerichtshof der Europäischen Union entscheidet nach Massgabe der Verträge.

Das Gericht der Gegenpartei

Der EuGH setzt also den Vorrang des EU-Rechts vor dem nationalen Recht durch. Er ist somit der Motor der Harmonisierung und des Zentralismus in der EU. Für uns als Nicht-EU-Mitglied heisst das: «Fremde Richter» bestimmen unsere direkte Demokratie. Der EuGH ist das Gericht der Gegenpartei. Er kann die Interessen der Schweiz und von uns Bürgerinnen und Bürgern nicht verteidigen. Das EU-hörige Bundesbern behauptet, das neue Abkommen bringe mehr Rechtssicherheit. Aber für wen? Wenn die EU über ihr Gericht letztlich alles bestimmt, dann verlieren wir an Rechtssicherheit und demokratischer Mitbestimmung. Und die Schweizer Jugend verliert ihre Zukunftsperspektive.

Stephanie Gartenmann

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2024: Fr. 50.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch



swiss-classic-car.ch



Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden
044 701 22 44

Asylanten im Wunderland Schweiz

Schutzstatus S abschaffen



von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küsnacht ZH

Der Bundesrat hat im Jahr 2022 den sogenannten «Status S» für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aktiviert und dann entschieden, diesen Status nicht vor März 2025 aufzuheben. Das heisst: Der Bund lässt Ukrainer ohne biometrische Reisedokumente und ohne Visum einreisen.



Aktuell leben in der Schweiz über 65'000 Personen mit Schutzstatus S (im Kanton Zürich sind es rund 12'000), und für 2024 rechnet der Bund mit rund 25'000 neuen Schutzsuchenden aus der Ukraine. Viele von ihnen werden wohl nie mehr in ihre Heimat zurückkehren. Für die Verlängerung des Status S sind die Kantone zuständig.

Seit einigen Monaten kommen vermehrt Flüchtlinge mit ukrainischen Papieren in die Schweiz, die offensichtlich nicht aus dem kriegsgebeutelten Land kommen. Gemäss Rückmeldungen betroffener Gemeinden, welche in kürzester Zeit Wohnraum und Beschulungsmöglichkeiten bereitstellen müssen, sprechen viele der Zugewanderten weder Ukrainisch noch Russisch. Offenbar handelt es sich um Angehörige der Roma. Ihre Papiere sind auffällig oft von derselben Behörde und auch zur selben Zeit in derselben Gegend der Ukraine ausgestellt worden.

Missbrauch des Status S durch Roma-Clans

Für die Abklärung der Identität der Zugewanderten ist der Bund zuständig. Nicht wenige dieser Leute kommen und gehen von einem Tag auf den andern. «Diese Roma werden sicherlich oft von Organisationen missbraucht, oder es steckt schon fast ein Geschäftsmodell dahinter. Mittlerweile wird die Mehrheit der Gesuche für den Status S von Roma gestellt», erklärt der Berner SVP-Regierungsrat Pierre-Alain Schnegg. Das SEM (Bundesamt für Migration) kann den Status S widerrufen, wenn sich eine Person mit diesem Status länger als 15 Tage im Heimatland aufhält, in einem Drittstaat ein Aufenthaltsrecht hat oder sich den Status S durch falsche Angaben erschlichen hat.

Im Kanton Zürich werden weder die ethnische Zugehörigkeit noch der Sprachstand und der Alphabetisierungsgrad von Personen mit Status S erfasst. Stellt das Sozialamt fest, dass eine Person, welche Rückkehrhilfe in Anspruch genommen hat, wieder einreist, meldet es dies dem Bund. Das SEM prüft sodann, ob die Rückkehrhilfe zurückerstattet werden muss bzw. künftig ein Ausschluss von der Rückkehrhilfe geboten ist. Wegweisungen müssen die Kantone vollziehen.

Was tut der für die Behebung der beschriebenen Missstände verantwortliche Bundesrat Beat Jans? Wenig bis

Mit einer Interpellation (von mindestens zwanzig Ratsmitgliedern unterzeichnet und von der Ratsmehrheit unterstützt) kann ein Kantonsrat von der Regierung Auskunft über eine kantonale Angelegenheit verlangen. Der Regierungsrat antwortet innert zwei Monaten nach Einreichung schriftlich, danach folgt eine Diskussion im Rat. Mit einer Standesinitiative zu einem nationalen Thema kann ein Kanton verlangen, dass eine Nationalratskommission einen Erlass zuhanden der Bundesversammlung ausarbeitet.

nichts. Im Gegenteil: Er hat entschieden, dass vorläufig Aufgenommene ihre Familie bereits nach zwei (bisher drei) Jahren nachziehen können.

Um diese Missstände zu beheben, haben die Zürcher Kantonsräte Stefan Schmid (SVP), Barbara Franzen (FDP) und Christina Zurfluh Fraefel (SVP) am 25. März 2024 eine Interpellation unter dem Titel «Beim Schutzstatus S drängen sich Massnahmen auf» eingereicht. Ständerat Benedikt Würth (Mitte, SG) verlangt mit einem Vorstoss Massnahmen gegen die missbräuchliche Erlangung des Status S, und Pierre Alain Schnegg, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor (SVP, BE) doppelte in einem Tagesanzeiger-Interview vom 3. Mai 2024 nach: «Der Schutzstatus S wird von Roma-Clans ausgenutzt – so kann es nicht weitergehen!»

In Anbetracht der erwähnten Interpellation und diverser Anfragen erscheint es dringlich, dass bürgerliche Zürcher Kantonsräte schnellstmöglich eine Standesinitiative zur Abschaffung oder Einschränkung des Schutzstatus S (z. B. nur für Ukrainer aus bestimmten Landesregionen) einreichen.

Hans-Peter Amrein

OBERHÄNSLI PRINT GMBH

**DRUCK
SATZ
KOPIE**

**Wir können
mit Druck
umgehen.**

Steiggasse 2 · 8400 Winterthur · Tel. 052 212 44 66
info@oprint.ch · www.oprint.ch



wenn zweitens gleichzeitig der Ukraine fünf Milliarden als «Unterstützungsbeitrag» zugesprochen werden. Verweigert werden können diese fünf Milliarden an die Ukraine (auch per Referendum!) nur, indem gleichzeitig auch die zehn Milliarden an die Armee gestrichen würden. Solch klar verfassungswidrige Verschnürung zweier ganz verschiedener Vorhaben: Das gibt den – notorisch armeefeindlichen – Medien Grund, weibliche Raffinesse zu feiern. Würden Männer Vergleichbares vorschlagen, würden die gleichen Medien wohl «politische Erpressung» geisseln.

*

Ob den in die Kameras strahlenden Damen bekannt ist, dass die US-Hilfe an die Ukraine zu bedeutendem Teil in Form von (rückzahlbaren und zu verzinsenden) Darlehen erfolgt? Es

Sie strahlen, die drei Parlamentarierinnen. Und die Medien feiern sie – als prominente Vertreterinnen ausgeprägt weiblicher, an echten humanitären Zielen orientierter Politik. Es sei ihnen gelungen, die Männer, als Betonköpfe verdächtigt, nach allen Regeln politischer Raffinesse zu übertölpeln.

*

Was haben sie denn erreicht, auf dass die Medien ihretwegen in Verzückung geraten?

Sie haben in einer ständerätlichen Kommission jenem linksgrünen Vorstoss zum Durchbruch verholfen, der, zu raffiniertem Deal verknotet, einerseits der seit Jahren sträflich vernachlässigten Armee zehn Milliarden per Ausnahmerecht zuspricht. Dies – und allein darum werden die Damen von den Medien gefeiert – aber nur,

werden keineswegs Waffen à fonds perdu nach Kiew geliefert. Es werden Darlehen gewährt mit der Verpflichtung, für die gesprochene Summe von den USA bestimmte Waffen in den USA zu kaufen. Ob die so plakativ als humanitär gefeierten Damen verhindern können, dass die den Schweizer Steuerzahlern abzuknöpfenden Milliarden nicht bloss zur Rückzahlung von US-Darlehen nach Washington gelangen?

*

Vom von den Medien gefeierten «Brückenschlag nach links» der Mitte-Politikerinnen haben sich inzwischen selbst (vor allem männliche) Mitte-Politiker (Ausnahme: Mitte-Chef Gerhard Pfister) distanziert. Dafür wird ruchbar, dass niemand anderer als VBS-Chefin Viola Amherd höchstpersönlich diesen ursprünglich linksgrünen Deal dem Bundesrat schmackhaft zu machen versucht. Hat sie etwa ihre Parteifreundinnen

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.



überredet, dem linksgrünen Vorstoss ein Mitte-Mäntelchen umzuhängen, auf dass der Durchbruch schliesslich gelinge?

*

Der Deal zielt ganz unmittelbar auf einen Kerngehalt schweizerischer Demokratie: Er erklärt das Prinzip «Einheit der Materie» zu Schrott.

Den Stimmbürgern wird verwehrt, jede Frage einzeln beantworten zu können. Wer die Armee stärken will, ist gezwungen, der Ukraine fünf Milliarden zu überweisen. Wer diese Überweisung nicht will, muss der Armee schaden: Erpressung pur!

Mit Füssen getreten wird mit dem Linksgrün-Mitte-Vorstoss auch das allein für echte, unmittelbare Gefahr ausstrahlende Notfälle vorgesehene Dringlichkeitsverfahren. Der Linksgrün-Mitte-Vorstoss missbraucht es zur Entmachtung des Souveräns. Die Krone an Schädlichkeit erreicht der Vorstoss bezüglich der Neutralität.

Neutralität bedeutet Nicht-Einmischung und Nicht-Parteinahme. Damit wurde und wird die Neutralität für den Kleinstaat Schweiz zur Lebensversicherung. Sie kann zusätzlich genutzt werden, um Exponenten zerstrittener Parteien oder Staaten hinter strikt verschlossenen Türen, vollumfänglich geschützt vor sensationslüsternen Medienleuten, wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Ein zu solchem fähiger Neutraler wird heute schmerzlichst vermisst – auf dass dem Töten, dem Verstümmeln, dem Zerstören in den Schützengraben und in der Ukraine endlich Einhalt geboten werden kann – und die Streitparteien zurück an den Verhandlungstisch gebracht werden. Sich mit unüberlegter Parteinahme von hiesigen Medienschnöseln feiern zu lassen, während in Schützengraben, Kellern und anderswo täglich Verheerendes geschieht: Solches als «humanitär» zu etikettieren, ist mehr als geschmacklos.

*

Nennen wir noch die Namen jener Mitte-Politikerinnen, die sich für die Unterstützung des widerwärtigen linksgrünen Deals gewinnen liessen. Aus dem Bild strahlen (zusammen mit SP-Ständerätin Franziska Roth) die Aargauer Mitte-Ständerätin Marianne Binder (Mitte) und die Luzerner Mitte-Ständerätin Andrea Gmür (rechts). Zusätzlich mit von der Partie sind Mitte-Nationalrätin Yvonne Bürgin (ZH) und die grünliberale Nationalrätin Corina Gredig (ZH).

Ulrich Schlüer

Öffentliches Streitgespräch

«Krieg und Frieden»

**Freitag, 24. Mai 2024, 19.15 Uhr,
Pfarreizentrum Bruder Klaus
Milchbuckstrasse 73,
8057 Zürich**

**«Wenn Du den Frieden willst,
rüste für den Krieg.»**

Joseph Lang, Alt-Nationalrat
Dr. Ulrich Schlüer, Alt-Nationalrat
Georg Häsler, Militärexperte NZZ
Dr. Frank Mathwig, Ethiker

Moderation: Csongar Kozma,
Direktor Paulus Akademie

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein
Legat
an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung
Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer
Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

Schurwollbettwaren + Massivholzbetten Bestes Schlafklima für jedermann!



- Massivholzbetten in über 60 Design
- **fanello** - Naturbettsystem
- Naturlatexmatratzen
- Schurwollduvets und -Kissen
- antirheumatische Bettauflagen
- BIO-Bettwäsche
- Woldecken, Bettfelle
- Schurwoll - Handwebteppiche

Spycher-Handwerk AG
Schaukarderei Huttwil



www.kamele.ch

062 962 11 52

Sind Sie zufrieden mit ihrer Bettdecke?

Schwitzen Sie stark oder wird es ihnen zu warm unter der Decke und Sie decken sich immer wieder ab?

- Schweizer Schurwoll-Duvet
- warm im Winter / kühl im Sommer
- temperaturegulierend
- feuchtigkeitsausgleichend

Lassen Sie sich durch unser Fachpersonal beraten.

Alle Standard-Grössen ab Lager lieferbar!



Fünf Jahre verschärftes Waffengesetz

Triumph des Etatismus

von Alessandro Orlando, Vorstand PROTELL

Unrecht. Freiheitsfeindlich. Nutzlos. Gefährlich. Antischweizerisch. Mit diesen fünf Schlagworten hat PROTELL gemeinsam mit Partnerorganisationen vor fünf Jahren vor der Verschärfung des Waffengesetzes gewarnt. Es ist Zeit, eine Bilanz zu ziehen – hat sich die Warnung bewahrheitet?

Am 13. November 2015 regierte in Paris die Barbarei. Mit illegal beschafften und quer durch den Kontinent gekarrten Kalaschnikow-Sturmgewehren südosteuropäischer Herkunft wurde bei einem Konzert ein grauenhaftes Blutbad angerichtet. Die Täter waren französischer oder belgischer Nationalität, stammten jedoch aus nordafrikanischen Staaten und waren radikalislamistisch motiviert. Das weltweite Entsetzen entlud sich in Solidaritätsbekundungen mit der durch Terrorismus bereits arg gebeutelten Stadt. Die EU reagierte mit einer Verschärfung der sogenannten Waffenrichtlinie, welche als Mindeststandard für die Gesetzgebung der Mitgliedländer verbindlich ist.

Ängste in Bundesbern

Davon war auch die Schweiz betroffen, denn sie ist als Schengen-Staat zur Rechtsübernahme verpflichtet. Alsbald ging in Bundesbern die Angst um, man würde die Mitgliedschaft bei Schengen riskieren, sollte die Verschärfung nicht ins hiesige Waffengesetz übernommen werden. Eine Verschärfung, die mit der Realität in der Schweiz keinerlei Zusammenhang hat.

So wurde denn auch die Kampagne von Bundesrat, Wirtschaftsverbänden und allen Parteien (ausser der SVP) geführt: Es wurde gar nie bestritten, dass eine Verschärfung für die Schweiz nutzlos ist. Vielmehr wurde mit einem «automatischen» Schengen-Austritt gedroht. Nur, mit dieser Position widersprach sich der Bundesrat selbst. Als es 2005 um den Schengen-Beitritt ging, hat er nämlich versichert, dass die Nichtübernahme von Verschärfungen nur «im äussersten Fall» zu einem Austritt führen würde. Zudem hat er versprochen, dass keine «einschneidenden Beschränkungen in unserem Waffenrecht» eingeführt würden. Angst gemacht wurde mit dem Verlust der Sicherheit und der Reisefreiheit.

Darum hat das Schweizervolk am 19. Mai 2019 der Verschärfung zugestimmt und damit folgendes dokumentiert: Vierzehn Jahre reichen aus, um schriftliche Zusicherungen im Abstimmungsbüchlein ungültig werden zu lassen. Zudem hat eine Mehrheit signalisiert, dass sie das Waffenrecht als staatspolitische Nebensache betrachtet.

Weshalb dies völlig falsch ist, zeigen die nachfolgenden Tatsachen:

- Schengen ist eine dermassen heilige Kuh, dass sie keinesfalls mit einer Gefahr konfrontiert werden darf.
- Die Schweiz ist sich ihrer sicherheits- und verkehrsstrategischen Bedeutung im Herzen Europas sowie als Arbeitgeberin von 300'000 Grenzgängern offenkundig nicht bewusst.
- Die wichtige und sicherlich traditionsreichste Breitensportart im Land, das Schiessen auf 300 Meter, wird künftig grösstenteils mit verbotenen Waffen ausgeübt.



Brüssel dürfte es gefreut haben – antiliberale Kräfte in Bern auch – nur die ordnungspolitische Vernunft blieb auf der Strecke. Denn das Prinzip, dass unnötige Gesetze abzulehnen sind, wurde mit Füssen getreten. Ebenso wurde

der Umstand, dass in der Schweiz das Volk der Souverän ist und folglich ein Recht auf Waffenbesitz hat, als unbequeme staatspolitische Tatsache beiseite gefegt. So verkommt die Bundesverfassung zur Makulatur: Wer seine Freiheit nicht gebraucht, ist nicht frei.

Handfeste Folgen

Nebst diesen staatspolitischen Aspekten sind auch handfeste Auswirkungen der Verschärfung zu beklagen. Bekanntlich ist die Schweiz ein Rechtsstaat, und geltende Gesetze werden angewendet. Auch unbescholtene, langjährige Waffenbesitzer werden bestraft, wenn sie in Unkenntnis der geltenden Regeln die Waffe mit der «falschen» (sprich: altrechtlich korrekten) Bewilligung erwerben oder veräussern. So werden durch gesetzgeberische Manöver gesetzestreue Bürger zu Vorbestraften degradiert, und die Strafverfolgung wird mit Trivialitäten belastet.

Zu den eingangs erwähnten Schlagworten gesellen sich also zwei weitere hinzu: Kriminalisierend und mutlos. So präsentiert sich eine bürokratische und verzagte Schweiz, die ihre Stärken, Traditionen und die Freiheit des Individuums aufs Spiel setzt. Wer eine solche Vision unseres Landes hat, befeuert autoritäre Tendenzen – eine Krankheit unserer Zeit.

Alessandro Orlando

FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Flosten im Salzwasser



Massagen und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therapie



Wasserkurse



Dampfbad



Biogauna



Feuersauna



Dachterasse



Alphasphere



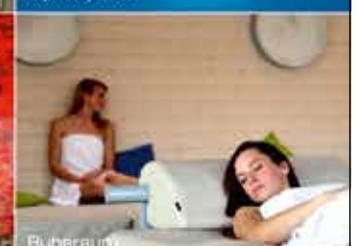
Fitness



Gartenanlage mit Salzwasser



Salzraum



Ruheraum

Ungebremste Zuwanderung: Wie lange noch?



Die massive Zuwanderung in den Kanton Zürich und in die Schweiz insgesamt hält ungebremst an. Weil unsere Kantonsregierung erwartet, dass die Zürcher Bevölkerung von 2020 bis zum Jahr 2050 um rund 420'000 Personen wachsen wird, will sie die Folgen dieses enormen Wachstums nun «vertieft erörtern», und zwar im Rahmen eines Projekts «Wachstum 2050». Schüchterne Frage: Wird dieses vertiefte Erörtern reichen? Immerhin räumt auch die Regierung ein, dass ein solcher Zustrom die Infrastruktur erheblich belastet.

Die politische Debatte über die ungebremste und weitgehend unkontrollierte Zuwanderung in unser Land hat zum Teil absurde Formen angenommen. Zwar scheint nun auch der Präsident von economiesuisse einzusehen, dass «Handlungsbedarf» besteht, aber das Goldene Kalb der Personenfreizügigkeit soll nicht angetastet werden. Andere empfehlen, vor allem an der Peripherie grösserer Städte müssten rasch Wolkenkratzer gebaut werden (als würden ihre Bewohner immer «oben» bleiben und dort autark leben). Gleichzeitig fordern gewisse Kreise, die Zuwanderung müsse sogar noch zunehmen, um

den Fachkräftemangel (infolge des Geburtenrückgangs) auszugleichen und um den wachsenden Sozialstaat zu finanzieren. Abenteuerlicher und bizarrer geht es kaum.

Was uns die alltägliche Realität vor Augen führt, hat nun auch eine neue Studie der Universität Luzern bestätigt: Die ungebremste Zuwanderung benötigt immer noch mehr Zuwanderung, weil der Konsum der Neuzuzüger und die zusätzlich erforderliche Infrastruktur (u. a. Spitäler und Personal) die Nachfrage noch mehr erhöhen. Die Personenfreizügigkeit habe den Fachkräftemangel folglich nicht beseitigt, sondern ihn sogar verfestigt und vergrössert.

Jeder vernünftige Mensch muss doch einsehen, dass es so nicht weitergehen kann. Die Massenzuwanderung (netto durchschnittlich rund 80'000 Personen pro Jahr) und die verfehlte Asylpolitik verursachen immer grössere Probleme. Dies zunehmend auch in den Bereichen (Gewalt-) Kriminalität und importierter Antisemitismus. Darum ist die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ein Muss. Ebenso brauchen wir einen tauglichen Grenzschutz, eine konsequente Asylpolitik, ein verschärftes Jugendstrafrecht – und natürlich eine weiterhin unabhängige, selbstbestimmte Schweiz.

Nina Fehr Düsel, Nationalrätin SVP, Küssnacht

HUGO
HUGO KELLER

Ihr Möbelhaus. Seit 1991.

DAS MÖBELHAUS IM THURGAU



HAUPTSTRASSE 68 | 8552 FELBEN-WELLHAUSEN | +41 52 765 20 30 | INFO@HUGOKELLERCH | WWW.HUGOKELLER.CH

JETZT
MITMACHEN

PRO + LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM
Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch



Die Welt wird unsicherer. Die Kriege in Osteuropa und in Nahost sind prominent in den Medien, aber nicht die einzigen Konflikte. Ein Blick in die jüngere Schweizer Geschichte zeigt deutlich: Auch unser Land muss sich immer wieder aufs Neue auf den Ernstfall vorbereiten. Darum braucht es Investitionen in Mensch und Material – und zwar heute! Unsere Milizarmee schützt alle, unterstützen wir darum unsere Armee!

Oberst Thomas Fuchs, Präsident Vereinigung PRO LIBERTATE

SPEZIAL
ANGEBOT

DVD

VERANTSTALTUNGSHINWEISE



Die sicherheitspolitischen Fachreferate von **Peter Regli**, Divisionär ad und ehemaliger Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, zum Thema:
«Die Ukraine, Israel und die Migration – wie weiter?»

Donnerstag, 23. Mai 2024, ab 18.45 Uhr im Rest. Glockenhof, Zürich
Mittwoch, 16. Oktober 2024, ab 18.45 Uhr in der Kaserne, Bern

Bitte senden Sie mir Infos zu über die Schweizerische Vereinigung **PRO LIBERTATE (www.prolibertate.ch)** zu.

Bitte senden Sie mir Infos zu über das Parteiunabhängige Informationskomitee **PIKOM (www.pikom.ch)** zu.

Ich bestelle! Bitte senden Sie mir*...

_____ Expl. des Buches «Nacht und Licht» (Preis: Fr. 25.–)

_____ Expl. des Buches «Tell wacht» (Preis: 25.–)

_____ Expl. des Buches «Operationsziel Schweiz» (Preis: Fr. 29.–)

Dokumentarfilm «Das Réduit – Geschichte von 1939 bis 1945»
(Preis: Fr. 24.–) _____ Expl. als DVD _____ Expl. als USB-Stick

*Alle Preise zzgl. Porto und Verpackung

[PL240308SZ]

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

Thomas Fuchs, PRO LIBERTATE, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern
(oder via E-Mail: info@prolibertate.ch oder via Telefon/SMS 079 302 10 09)

Stromgesetz/Mantelerlass auf dem Prüfstand

Die «Energienstrategie 2050» per Gesetz tauglich machen?

von Ueli Gubler, Ing. HTL, Stettfurt TG

Das neue Stromgesetz (bzw. der Mantelerlass) worüber wir am 9. Juni 2024 abstimmen, ist der erste Schritt zur Umsetzung der sogenannten «Energienstrategie 2050».



Die Schweiz soll sich bis in dreissig Jahren mit erneuerbaren Energien versorgen können. Konkret heisst dies: Schluss mit der Atomkraft und den fossilen Brennstoffen – Ersatz durch Wasserkraft, Wind- und Sonnenenergie. Es sollen verbindliche Zielwerte bis 2035 und 2050 gesetzt werden. Vorgesehen sind Förderbeiträge sowie die Senkung des Energiebedarfs pro Kopf. Zudem soll die heutige Einspeisevergütung durch Investitionsbeiträge ersetzt werden. Geplant ist ferner ein Winterzuschlag von 0,2 Rp/kWh. Der aktuelle Energiebedarf der Schweiz beträgt 191'000 GWh. Davon sind 20'000 GWh Atomstrom, und 130'000 GWh liefern die fossilen Brennstoffe. Es sind somit 150'000 GWh durch alternative Energieträger zu ersetzen. 41'000 GWh sind bereits CO₂-neutral (z.B. Wasserkraft).

Berechnungsgrundlagen

Ein Windrad leistet 6–8 GWh pro Jahr, eine Solaranlage (z. B. «Gondosolar», das eine Fläche von 100'000 m² braucht) etwa 23 GWh pro Jahr. Von den 41'000 km² der Schweiz sind für Windräder nur die Hälfte nutzbar. 50% sind topographisch für 50 Meter lange Rotorblätter nicht zugänglich, oder es sind Siedlungsgebiete. Die Stromnetze transportieren aktuell 60'000 GWh.

Wind- und Sonnenenergie

Bis 2035 sollen neu 35'000 GWh und bis 2050 45'000 GWh an erneuerbare Energien (ohne Wasserkraft) erzeugt werden. Das entspricht 5'000 Windrädern bis 2035 oder 7'000 bis 2050. Damit lassen sich jedoch erst gut 50% des angestrebten Zieles erreichen. Um 150'000 GWh durch Wind und Sonne zu ersetzen, wären rund 20'000 Windräder oder 6'500 Solaranlagen à 100'00 m² erforderlich. Verteilt auf die 2'100 Gemeinden ergibt dies je neun Windräder oder drei Solargrossanlagen. Wo nur sollen die 20'000 Windräder platziert werden, wenn nur 21'000 km² zur Verfügung stehen?

Beschleunigte Bewilligungsverfahren

Produktionsanlagen ab einer bestimmten Grösse, werden als Objekt von «nationalem Interesse» eingestuft. Das bedeutet, dass der Naturschutz und die Einsprachemöglichkeiten eingeschränkt werden. Vorgesehen

ist, Bewilligungsverfahren solcher Anlagen innerhalb von sechs Monaten abzuwickeln.

Effizienz

Die Energieeffizienz soll so weit vorangetrieben werden, dass sich der Pro-Kopf-Verbrauch gegenüber dem Jahr 2000 bis 2035 um 13% reduziert und bis 2050 halbiert. (Das ist in etwa so, als würde man das Monatsgehalt halbieren, ohne dass es auffällt.) Die Primärenergie ist die produzierte Energie an der Quelle. Der Endverbrauch ist der Strom, den der Stromzähler am Ende erfasst. In den Medien ist nur von der Effizienz beim Verbraucher die Rede. Wind- und Sonnenenergie fallen «zufällig» an. Um den Strom bedarfsgerecht zu machen, muss er «geglättet», bzw. gespeichert werden. Bei der Speicherung über ein Pumpspeicherbecken muss zweimal Strom erzeugt werden, um ihn einmal verkaufen zu können. Pumpspeicherbecken mit einer nennenswerten Kapazität gibt es erst deren drei, und der Umweg über den Wasserstoff wäre mit Verlusten von 80% verbunden.

Stromknappheit

Der Bund hat am 21. Februar 2024 ein Faktenblatt veröffentlicht, welches die «Massnahmen im Fall einer Strom-Mangellage» regelt. Vorgesehen sind je nach Lage: Sparappelle, Beschränkungen oder Verbote für nicht zwingend benötigte Geräte oder Anlagen, sowie Kontingentierungen und Netzabschaltungen für einige Stunden. Das lässt Zweifel aufkommen, ob das Bundesgesetz etwas zur «sicheren Energieversorgung mit Erneuerbaren» beitragen wird.

Netzausbau

Kaum Beachtung erhält der Netzausbau. Werden die fossilen Brennstoffe durch Strom ersetzt, wächst die Strommenge von 60'000 GWh auf 190'000 GWh. Das Netz ist jedoch nicht auf diese Menge ausgelegt. Deutschland rechnet dafür mit einem Aufwand von 250 – 400 Mrd. Euro. Das Stromnetz muss in jedem Augenblick im Gleichgewicht sein. Je grösser der Anteil an unberechenbarer Energie (Flutterstrom) ist, desto grösser ist das Risiko bzw. die Gefahr von Abschaltungen und Netzabstürzen. Um die Balance halten zu können, wendet Deutschland wegen der mangelnden Speicherung jährlich vier Mrd. Euro auf.

Fortsetzung auf Seite 22

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Umerzierung

Die Europäische Zentralbank (EZB) sorgt für Furore. Frank Elderson (Vorstandsmitglied EZB, Ergänzung d. SZ-Red.) äusserte seine Ablehnung gegenüber «nicht-grünen» Angestellten:

«Ich möchte diese Menschen nicht mehr», sagte der Funktionär und fragte: «Warum sollten wir Leute einstellen, die wir umprogrammieren müssen? Weil sie von den besten Universitäten kommen, aber immer noch nicht wissen, wie man das Wort «Klima» buchstabiert.» Das Vorstandsmitglied meinte, dass jeder EZB-Mitarbeiter umgezogen werden muss, fügte aber hinzu, dass er «niemandem drohen» würde.

Diese Aussage stösst bei vielen Mitarbeitern auf Kritik. Die Angestellten bezeichneten diese Äusserung als «autoritär» und nicht förderlich für einen offenen Austausch über den Klimawandel. In einem internen Chat äusserten Angestellte ihren Unmut und warfen Elderson vor, das Ideal von Vielfalt und Integration in einem Satz getötet zu haben.

(Politico / Nius, 16.02.2024)

Gruppenvergewaltigung

Geht es um die polizeilichen Gewaltstatistiken und das Explodieren von Zahlen ganz neuer widerlichster Sexualverbrechen an Frauen, wie etwa der «Gruppenvergewaltigung», ist in Deutschland seit 2015 ausgerechnet jene Szene still, die sonst bei jedem ungebetenen Kompliment eines einheimischen Mannes in Schnappatmung verfällt und unermüdlich auf der Jagd ist nach Sexismus-Tätern Trumpscher Natur. Kein #aufschrei ist dann zu wenig, keine #metoo-Betroffenheit zu gering, kein Gerücht zu unglaubwürdig, als dass man nicht

Jans

SP-Bundesrat Beat Jans zeigt einmal mehr sein wahres Gesicht: Statt wie vollmundig angekündigt die Asylregeln zu verschärfen, strebt der Asylminister Lockerungen an. Neu soll für vorläufig Aufgenommene die Wartefrist beim Familiennachzug von drei auf zwei Jahre verkürzt werden. Im Klartext: Abgelehnte Asylmigranten, die die Schweiz möglichst bald verlassen sollten, dürfen ihre Familie noch schneller in die Schweiz nachziehen.

(SVP-Medienmitteilung, 01.05.2024)

eine öffentliche Hinrichtung eines Mannes daraus basieren könnte.

Merke: Verbale Ausfälle und die Ansprache mit dem falschen Pronomen ist das sexuell Schlimmste, was einer deutschen Frau passieren kann. Echte sexuelle Übergriffe und gar die reihum Vergewaltigung einer Frau durch eine ganze Gruppe von Männern verursachen keine Aufregung im Land. Gehen Sie weiter, es ist nichts passiert. Oh ja, «Multikulti» hat uns in der Tat bereichert, zum Beispiel mit dem kulturellen Phänomen der Gruppenvergewaltigungen; sie ist die manifestierte Kölner Silvesternacht der deutschen Polizeistatistik. Gerade hat die Regierung erneut bestätigt, dass sich die Zahlen dieser Übergriffe einer ganzen Männergruppe an einer Frau seit dem Jahr 2015 beinahe verdoppelt haben. Verdoppelt. Das sind 806 weibliche Opfer im Jahr 2022, jeden Tag mindestens zwei Gruppenvergewaltigungen in Deutschland.

Was sind das für Männer, die Freude daran haben, sich einer nach dem anderen an derselben Frau zu vergehen und sich gegenseitig bei dieser «Heldentat» zuzusehen, anzufeuern oder mitzufilmen? Wie verkommen muss man sein als Mensch, um sich an so etwas auch noch sexuell zu erregen?

(Birgit Kelle, in Newsletter «Volle Kelle», 22.02.2024)

Kann die «Energiewende» überhaupt funktionieren?

Die physikalischen Grenzen von Wind und Sonne lassen sich weder mit Gesetzen noch mit Planwirtschaft aushebeln. Wenn die Leute erkennen, welches Ausmass an Windrädern und Solaranlagen erforderlich ist, wird der Widerstand wachsen und das Projekt wird scheitern.

Der sogenannten Energiestrategie 2050 wurde im Jahr 2017 vor allem wegen des Versprechens zugestimmt, dass die Energiewende für einen vierköpfigen Haushalt pro Jahr lediglich vierzig Franken betrage. Frau Sommaruga eröffnete 2021 den Abstimmungskampf zum CO₂-Gesetz jedoch mit der Ankündigung, dass die Energiewende hundert Mrd. Franken kosten werde. Das sind 48'000 Franken pro Haushalt. Offensichtlich

war und ist man sich in Bundesbern über die wahren Konsequenzen noch nicht im Klaren. Der deutsche Bundesrechnungshof hat am 7. März 2024 eine Pressemitteilung herausgegeben. Dort reift die Erkenntnis, dass die Energiewende gescheitert ist: «Hinzu kommen Wissenslücken über die Umweltwirkungen der Transformation und kein Konzept gegen hohe Strompreise. Zugleich fehlt ihr ein integriertes Monitoring der Energiewende, das alle energiepolitischen Ziele in den Blick nimmt.» Genau dazu sind wir auf dem besten Weg!

Ueli Gubler

Ueli Gubler (ueli.gubler@outlook.com / 052 376 41 37) ist Ingenieur HTL und freischaffender Journalist. Behauptungen und Mutmassungen geht er auf den Grund. Als Ingenieur schaut er sich gewisse Gesetzmässigkeiten und Zahlen genau an.

Unkontrollierte Masseneinwanderung und fehlende Grenzkontrollen befeuern die Islamisierung der Schweiz und Antisemitismus-Import durch Muslim-Fanatiker und -Terroristen



**Wie reagiert
der Bundesrat?**

Mit dem EU-
Unterwerfungs-
vertrag will er
das Asylchaos
und die offenen
Grenzen weiter-
hin zulassen und
die Personenfrei-
zügigkeit, also
die Massen-
einwanderung
der Demokratie
entziehen!

Wir wehren uns!



Politische Politischer An

Aggressiver Antisemitismus verbreitet sich bedrohlich in ganz Westeuropa. Auch in der Schweiz. Antisemitische Terroranschläge und Attentate, verübt von muslimischen Fanatikern, sind Tatsache.

Die Schweizerzeit und das Egerkinger Komitee sprechen Klartext: Der die öffentliche Ordnung mit Füßen tretende Antisemitismus hat seine Wurzeln im politischen Islam. Er wird von ideologisch verblendeten Islamisten fanatisch ausgelebt. Der muslimische Antisemitismus, der in Zürich soeben mit einer brutalen Messerattacke auf einen jüdischen Bürger Tatsache wurde, gefährdet Leib und Leben von hier lebenden friedlichen Menschen.

Konsequenzen:

Jeglicher Antisemitismus ist strafrechtlich zu verfolgen. Der muslimisch motivierte Antisemitismus, gegen Christen und Juden gerichtet, vor Mordtaten nicht zurückschreckend, darf sich in der Schweiz unter keinen Umständen ausbreiten.

Tatsache ist aber auch:

- Rot-Grün verharmlost den muslimischen Antisemitismus notorisch – versucht gar, ihn totzuschweigen. Dies nicht zuletzt, weil man – zumindest in Teilen – mit ihm sympathisiert.
- Unter dem Vorwand von «Kapitalismus-Kritik» und «Imperialismus-Anschwärzung» begünstigen links-grüne Ideologen den muslimisch motivierten Antisemitismus. Die Besetzungen von Schweizer Universitäten durch woke-linke Studenten offenbaren eine verstörende Nähe linker Kreise zu antisemitischem Gedankengut.
- Seit Jahren behindert Rot-Grün die wirksame Bekämpfung des muslimisch motivierten Antisemitismus:
- Links-Grün verhindert die strikte Ahndung von Asylmissbrauch;
- Links-Grün verhindert die konsequente Bekämpfung von Ausländerkriminalität, indem sich ihre Vertreter der Ausweisung ausländischer Straftäter notorisch verweigern;
- Links-Grün torpediert einschränkende, Antisemitismus unterbindende Einbürgerungs-Richtlinien;
- Links-Grün verhindert die uneingeschränkte Umsetzung der Ausschaffungs- und der Anti-Masseneinwanderungs-Initiative.

Links-Grüne Realitätsverweigerung bildet den Nährboden für die Ausbreitung von muslimischem Antisemitismus!

er Islam – antisemitismus



Schweizerzeit und Egerkinger Komitee fordern

und uns verbundene Parlamentarier reichen die entsprechenden Vorstösse ein:

- **Strafbares ist zu bestrafen**

Wer in der Schweiz strafbare Handlungen wie Zwangsheirat, Ehrenmorde, Blutrache, Genitalbeschneidung, Verheiratung Minderjähriger, Viehlen toleriert oder gar begünstigt, muss strafrechtlich belangt werden. Sind die Täter Ausländer, dann werden sie ausgewiesen. Allfällig erteilte Aufenthalts- und/oder Niederlassungsbewilligungen sind umgehend zu widerrufen und zu entziehen.

- **Hasserfüllte und gewaltbereite Fanatiker sind zu überwachen**

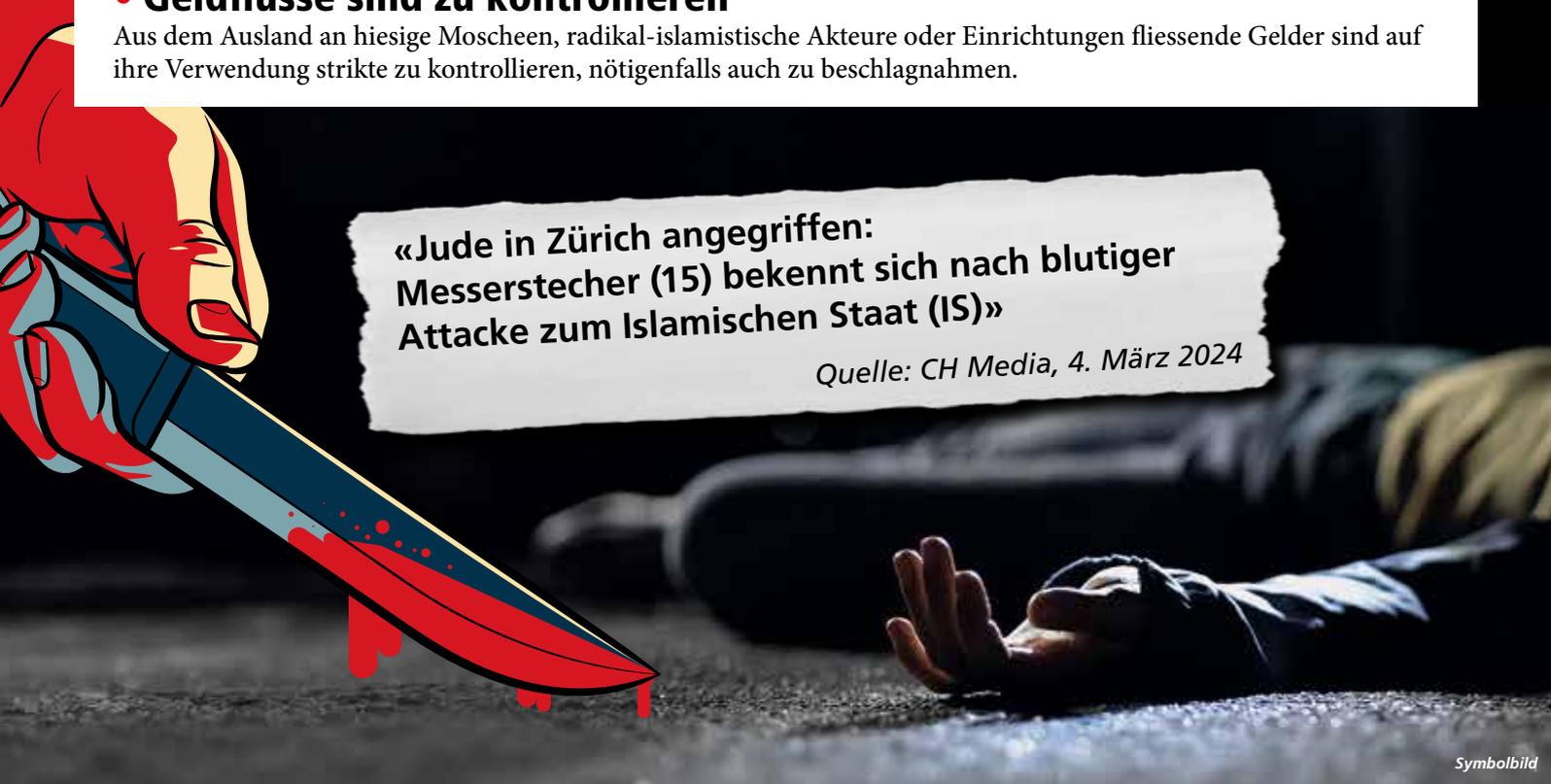
Anhänger und Sympathisanten radikal-islamistischer Strömungen sind vom Bundesamt für Polizei sorgfältig zu überwachen. Wer als Ausländer Ideologien anhängt, welche die Vernichtung Andersdenkender anstreben, verliert jegliche Aufenthalts- bzw. Niederlassungsberechtigung in der Schweiz.

- **Predigten nur in Landessprachen**

Bundesrat und Parlament haben umgehend gesetzliche Grundlagen zu schaffen, auf dass Imame in hiesigen Moscheen ausschliesslich in einer Schweizer Landessprache predigen dürfen.

- **Geldflüsse sind zu kontrollieren**

Aus dem Ausland an hiesige Moscheen, radikal-islamistische Akteure oder Einrichtungen fliessende Gelder sind auf ihre Verwendung strikte zu kontrollieren, nötigenfalls auch zu beschlagnahmen.



«Jude in Zürich angegriffen:
Messerstecher (15) bekennt sich nach blutiger
Angriff zum Islamischen Staat (IS)»

Quelle: CH Media, 4. März 2024

Sicherheit geht vor

Der Bund hat die Gefahr radikal-islamistisch motivierter Gewaltstraftaten ebenso unterschätzt wie die Einschleppung von muslimisch motiviertem, gewaltbereitem Antisemitismus.

Die Sicherheit der Recht und Gesetz respektierenden Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz, welchem Glauben sie auch anhängen, geht vor. Kompromisslos!

Mit dem EU-Unterwerfungsvertrag aber will der Bundesrat Schengen/Dublin und offene Grenzen – ebenso wie Personenfreizügigkeit und Masseneinwanderung – zementieren.

Damit öffnet er der Islamisierung und dem muslimisch motivierten Antisemitismus Tür und Tor.

Schweizerzeit und Egerkinger Komitee:

- **Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag**
- **Nein zu Schengen/Dublin**
- **Nein zur Personenfreizügigkeit**
- **Nein zur Masseneinwanderung**
- **Nein zur Islamisierung der Schweiz**
- **Nein zum Antisemitismus-Import**

Ich will die Schweiz vor Islamisierung und Antisemitismus-Import bewahren!
Deshalb leiste ich einen Beitrag zur Grossverteilung des Sonderdrucks «Wir wehren uns!»

Per Internet flyerversand-schweiz.ch/stoppislamismus: Mit wenigen Klicks den Sonderdruck «Wir wehren uns!» in den Gemeinden Ihrer Wahl verteilen lassen. Nur 25 Rappen pro Exemplar (inklusive Druck, Porto und allen weiteren Kosten).

Per Telefon 052 301 31 00: Verteilungs-Aufträge für den Sonderdruck «Wir wehren uns!» in den Gemeinden Ihrer Wahl nehmen wir auch per Telefon entgegen.

Per Post:

Name / Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Wohnort

E-Mail

Telefon

Sonderdruck verteilen lassen. Ich wünsche die Verteilung in folgenden Gemeinden:

Einen Einzahlungsschein für Spende

..... Exemplare des Sonderdrucks «Wir wehren uns!»

Eine Schweizerzeit zur Probe

Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach (ZH), Tel. 052 301 31 00
info@schweizerzeit.ch, schweizerzeit.ch

Uno-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge unter Beschuss

Weiterhin Schweizer Steuer- millionen an die UNRWA?

von Erich Vontobel, Nationalrat EDU, Wolfhausen ZH

Seit dem schrecklichen 7. Oktober 2023, an dem Hamas-Terroristen und auch Zivilisten aus dem Gaza-Streifen nach Israel eingedrungen sind und über 1'000 Männer, Frauen und Kinder brutal massakriert und rund 240 Mensch in den Gaza-Streifen entführt haben, ist die Welt im Nahen Osten nicht mehr dieselbe.



Philippe Lazzarini, verantwortlich für das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge, unter Druck

Hier im Westen war man entsetzt. Unglaublich diese Brutalität und Bestialität, absolut teuflisch! Und dies im aufgeklärten 21. Jahrhundert. Was da geschehen ist, erinnert ans dunkelste Mittelalter und an die systematische Vernichtung von Millionen Juden während des Zweiten Weltkriegs.

Bald einmal war klar, dass am 7. Oktober auch UNRWA-Mitarbeiter an den Massakern beteiligt waren. Doch das scheint bloss die Spitze der Verflechtung von Hamas und UNRWA zu sein. Es ist bekannt, dass viele UNRWA-Mitarbeiter zugleich Hamas-Aktivisten (und noch viel mehr Sympathisanten) sind. Aufgrund dieser Tatsache ist es nicht klar ist, welcher Teil der UNRWA-Leute neutrale Uno-Mitarbeiter sind und welcher nicht unerhebliche Teil der Hamas zuzuordnen ist. Ganz zu schweigen von den Tausenden von der UNRWA finanzierten Lehrern, welche mit den antisemitischen Lehrmitteln dazu beitragen, dass der Hass gegen die Juden bereits den Kindern eingimpft wird.

Zahlungsstopp an die UNRWA – oder doch nicht ganz?

Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Schweiz jährlich mit über zwanzig Steuermillionen diese antisemitische Organisation im Gazastreifen direkt und indirekt mitfinanziert, wird verständlich, dass das Bundesparlament im Dezember 2023 beschlossen hat, in Sachen Finanzierung zurückhaltend zu werden und vorerst kein Geld mehr an die UNRWA zu überweisen. Auch die Zahlungen für den Nahen Osten unter dem Titel «Humanitäre Aktionen» 2024, die nicht UNRWA-spezifisch sind,

müssen neu in Tranchen aufgeteilt werden. Und sie dürfen erst nach Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen des National- und Ständerats erfolgen. Für die erste Tranche hat der Bundesrat 56,2 Millionen Franken für das IKRK, für Uno-Organisationen sowie für internationale und vereinzelt lokale NGO vorgesehen. Davon ist, wie erwähnt, kein Geld für die UNRWA vorgesehen, und dazu hat die nationalrätliche Aussenpolitische Kommission am 30. April einstimmig grünes Licht gegeben.

Allerdings wird dem Bundesrat mit 13:11 Stimmen empfohlen, ausnahmsweise dennoch einen Teilbetrag für die UNRWA zu sprechen, gewissermassen als Soforthilfe. Wie unsinnig diese Empfehlung ist, zeigt sich darin, dass man dem Bundesrat gleichzeitig empfiehlt, sicherzustellen, dass diese UNRWA-Mittel nicht missbräuchlich verwendet bzw. nicht für administrative Sockel- oder Kernbeiträge eingesetzt werden. Wir dürfen gespannt sein, was der Bundesrat mit dieser Empfehlung macht. Knickt er ein oder bleibt er auf seiner bisherigen Linie?

Motion für Nothilfe an anerkannte Hilfsorganisationen

Zusätzlich hat die Kommission mit 12 zu 9 Stimmen bei einer Enthaltung eine Kommissionsmotion (24.3469) eingereicht, welche den Bundesrat beauftragt, den Sockelbeitrag 2024 an die UNRWA nicht dieser, sondern zugunsten der Gaza-Nothilfe an allseits akzeptierte Hilfsorganisationen – von denen es genügend gibt – zu überweisen. Zudem kann damit ein Vertrauensaufbau bei der humanitären Schweizer Gaza-Hilfe erfolgen, und es kann sichergestellt werden, dass unsere Steuergelder weder direkt noch indirekt an die terroristische Hamas gehen. Diese Kommissionsmotion ist wesentlich verpflichtender als die erwähnte Empfehlung. Sie ist aufgrund von Fakten und Eindrücken nach dem anklagenden und trotzigem Auftritt des UNRWA-Chefs Philippe Lazzarini Ende März in Genf aufgegleist worden. Das propalästinensische Votum der HEKS-Frau Karolina Frischkopf Ende April mag der Motion schliesslich erst recht zum Durchbruch verholfen haben. Als nächstes befasst sich die Aussenpolitische Kommission des Ständerats mit dieser Motion, und in der Sommersession kommt sie in die beiden Räte.

Erich Vontobel

In der Zwischenzeit hat der Bundesrat dennoch beschlossen, zehn Millionen Franken an die UNRWA zu überweisen (die Red.)



***Auf die Dächer,
nicht in die Natur!***

am 9. Juni!

NEIN

**zum natur-
zerstörenden
Stromgesetz**

www.naturkomitee.ch



Jede Stimme zählt!

Nein zum naturzerstörenden Stromgesetz

von Martin Maletinsky, Präsident Freie Landschaft Schweiz

Am 9. Juni stimmen wir über das Stromgesetz (Mantelerlass) ab. Dieses Gesetz senkt die Hürden für den Bau umstrittener Windturbinen und Freiflächen-Solaranlagen deutlich und setzt für Wind- und Solarkraft ein Ausbauziel von 45 TWh pro Jahr fest. Das ist mehr als die gesamte heutige Stromproduktion mit Wasserkraft und entspricht 3'600 Mal der Jahresproduktion des Windparks Gotthard mit fünf Turbinen.

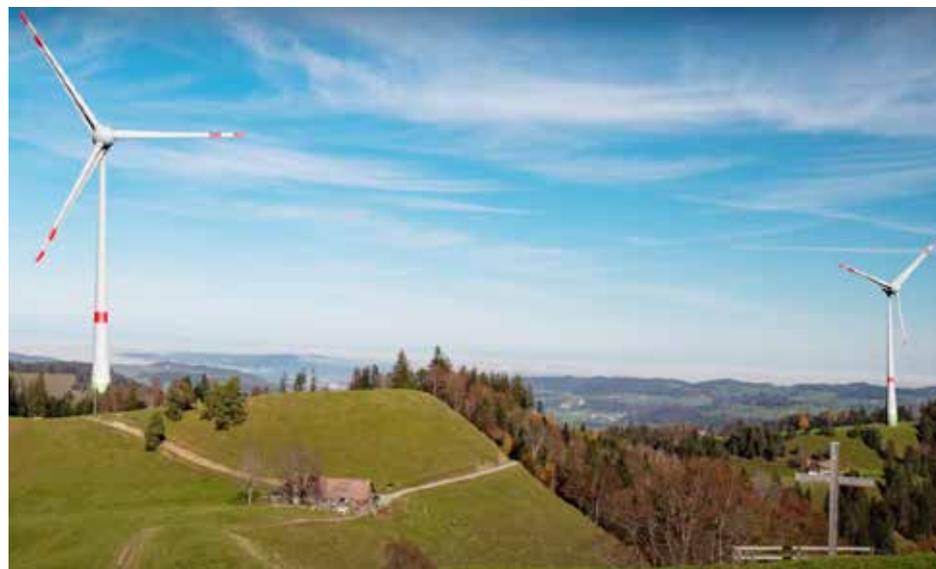


Um das im Stromgesetz festgeschriebene Ziel zu erreichen, soll Wald für den Bau von Windturbinen gerodet werden, und intakte Alpentäler sollen mit riesigen Freiflächen-Solaranlagen zugepflastert werden. Zusätzlich droht eine Entmachtung der Gemeinden. Auch den überbordenden Windkraftplänen, die in vielen Kantonen heute schon für Unmut in der Bevölkerung sorgen, würde das Gesetz nochmals massiv Vorschub leisten.

Bisher können sich die Gemeinden den Begehrlichkeiten der Stromkonzerne noch entgegensetzen, sei dies durch kommunale Mindestabstandsvorschriften zwi-

früher von Staatsrechtsprofessor Dr. Alain Griffel festgestellte Verfassungswidrigkeit des Gesetzes.

Auch Beschwerden, welche bisher immer wieder Natur und Bevölkerung vor Windturbinen schützen konnten, dürften bei Annahme des Gesetzes künftig wenig Aussicht auf Erfolg haben, denn dieses legt fest, dass das nationale Interesse an erneuerbarer Stromproduktion allen anderen nationalen Interessen grundsätzlich vorgeht (Stromversorgungsgesetz, Art. 9a Abs. 4). Dieser Vorrang gilt nicht nur gegenüber Natur- und Umweltschutzinteressen, sondern gegenüber allen nationalen Interessen, auch den Bereichen Verkehr oder Landesverteidigung. Es ist dieser auf Gesetzesstufe festgelegte grundsätzliche Interessensvorrang, den Juristen als verfassungswidrig einstufen.



Visualisierung zweier von drei geplanten Turbinen in Krinau/SG. Höhe: 220 Meter

sehen Windturbinen und Wohngebäuden, wie sie in bisher elf Zürcher Gemeinden beschlossen wurden, oder sei dies durch Abstimmungen über konkrete Projekte, wie sie in mehreren Berggemeinden zu alpinen Freiflächen-Solaranlagen bereits stattgefunden haben. Tritt das Gesetz in Kraft, dürfte damit aber Schluss sein. Unlängst wurde entgegen anderslautenden Beteuerungen der Befürworter eine mögliche Entmachtung der Gemeinden durch ein Gutachten von Rechtsanwalt Dr. Lukas Pfisterer (Grossrat FDP/AG) bestätigt, und mit dem im Parlament aktuell beratenden Beschleunigungserlass würde dies zusätzlich verschärft. Das Gutachten von Dr. Pfisterer bestätigt zudem die schon

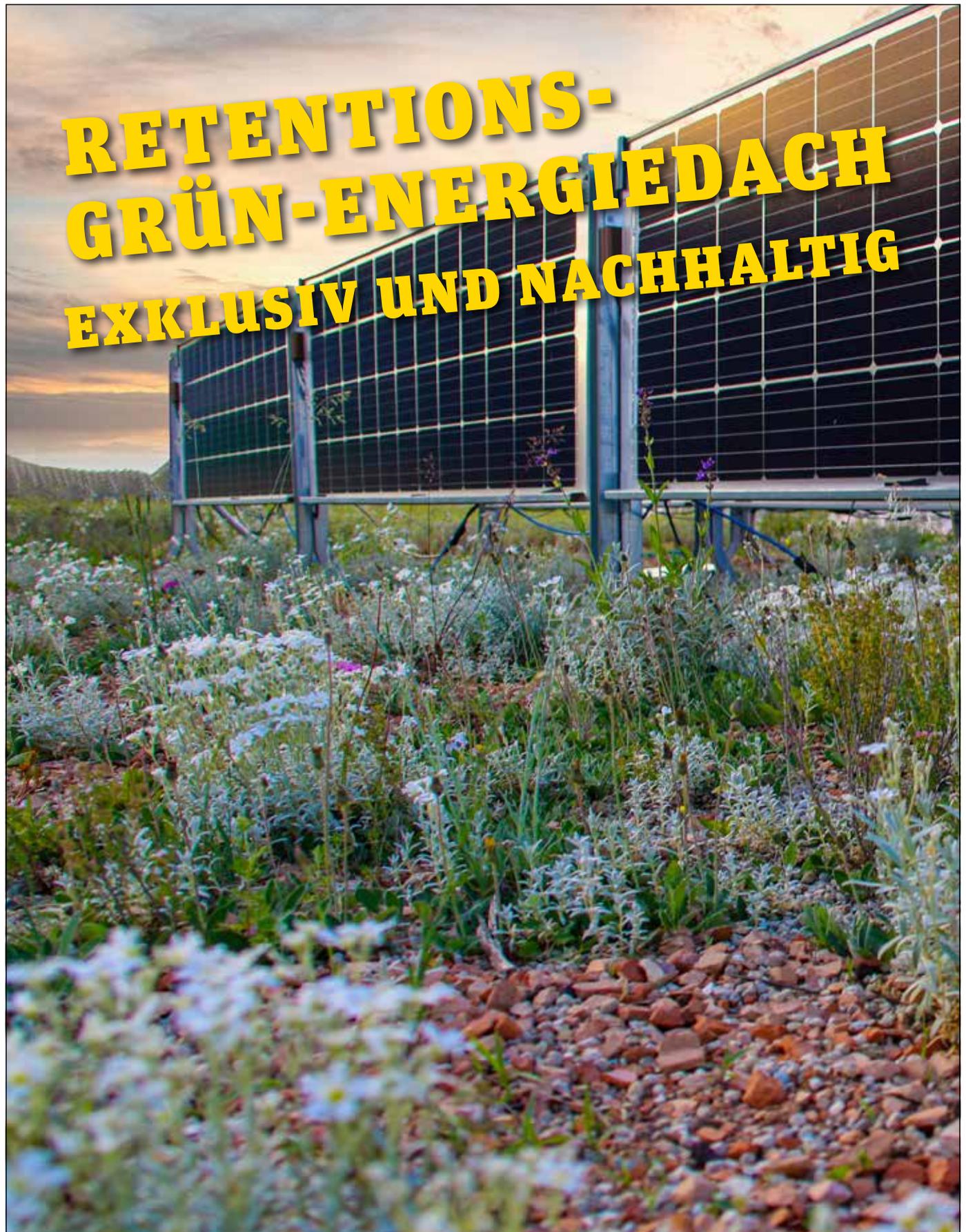
In den letzten Wochen wurde zudem Kritik von verschiedenen Stromversorgern laut, welche warnen, dass sich mit dem Gesetz der Strom für Kunden verteuern würde. So wird Markus Wey, Vizepräsident des Verbandes Aargauischer Stromversorger, im Blick zitiert: «Der Strom wird für die Kunden teurer und die Arbeit der Verteilnetzbetreiber noch komplizierter.»

Die vielfältigen negativen Auswirkungen schüren Widerstand quer durch die politischen Lager. Auf bürgerlicher Seite sind dies z.B. die SVP Schweiz und die FDP Aargau, im ökologischen Lager die Fondation Franz Weber, im Umweltschutz ver-

diente Persönlichkeiten wie der ehemalige WWF-Direktor Philippe Roche oder der Landschaftsschützer Hans Weiss sowie mehrere kleinere Umweltschutzorganisationen. Dieser breit abgestützte Widerstand lässt die Ablehnung der Vorlage als möglich erscheinen, trotz gegenwärtig anderslautenden Umfrageergebnissen. Sehr wichtig wird in jedem Fall die Stimmbeteiligung sein.

Stimmen Sie deshalb am 9. Juni NEIN und mobilisieren Sie Ihr Umfeld. Es geht um unsere demokratischen Rechte, um den Schutz unserer Landschaften und die Einhaltung der Bundesverfassung. Jede Stimme zählt!

Martin Maletinsky



www.weissappetito.com/dachbegruenungen

Weiss+Appetito

Vom Rechtsstaat zum Richterstaat

Stoppt Strassburg!

von Fulvio Haefeli, Dr. iur., von 2007 bis 2022 Richter am Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen

Am 9. April 2024 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg die Beschwerde der Schweizer Seniorinnen gutgeheissen und die Schweizer Behörden für einen mangelhaften Schutz vor den schädlichen Auswirkungen der Klimaerwärmung gerügt. Das ist nicht erstaunlich, wenn man die Entwicklung der Rechtsprechung von Strassburg näher verfolgt.



Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), einst als Charta der individuellen Abwehrrechte gegenüber einem übergriffigen Staat konzipiert und dementsprechend ausgelegt, wird heute von der Mehrheit der Strassburger Richter als Vehikel für die Durchsetzung des Zeitgeistes missbraucht.

Aktivisten auf dem Richterstuhl

Der Gerichtshof ist gemäss NZZ-online vom 12.4.2024 ein Einfallstor für einflussreiche NGO: Zwischen 2009 und 2019 wirkten in Strassburg hundert Richter, von denen mindestens 22 frühere Mitarbeiter oder Partner von grossen NGO waren, die am EGMR mit Klagen sehr aktiv sind. 12 Richter hätten Verbindungen zum Open-Society-Netzwerk des Milliardärs George Soros, andere zu Amnesty International, zu Human Rights Watch oder zum Helsinki-Komitee; in diesem Zeitraum hätten diese Richter an knapp neunzig Verfahren teilgenommen, in denen «ihre» NGO beteiligt gewesen sei. Ist unter solchen Umständen die Unabhängigkeit des EGMR gewahrt? Da sind Zweifel angebracht.

Fragliche Begründung des Klima-Urteils

Was besagt Art. 8 EMRK, der als Grundlage des Klima-Urteils herangezogen wurde:

(1) Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz.

(2) Eine Behörde darf in die Ausübung dieses Rechts nur eingreifen, soweit der Eingriff gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig ist für die nationale oder öffentliche Sicherheit, für das wirtschaftliche Wohl des Landes, zur Aufrechterhaltung der Ordnung, zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

Aus diesem klaren Text, der keine positive Leistungspflicht des Staates beinhaltet, sondern nur Abwehrrechte des Einzelnen gegenüber den Behörden begründet, erfindet Strassburg eine Verpflichtung des Staates, gegen den Klimawandel vorzugehen, damit das Privat- und Familienleben nicht tangiert wird (Randziffern 435 und folgende des Urteils). Eine verpönte Auslegung

gegen den klaren Wortlaut von Art. 8 EMRK, zumal in der Konvention mit keinem Wort erwähnt wird, dass ein Staat das Recht auf Privatleben älterer Menschen verletzt, wenn er angeblich zu wenig gegen den Klimawandel unternimmt.

Und es geht in diesem Stil weiter. Zwar wird den Beschwerde führenden Seniorinnen vom Gericht eine Opferrolle abgesprochen – womit eine Verletzung von Art. 8 EMRK ausgeschlossen wäre (Randziffern 527–535) –, doch wird der Schweiz vorgeworfen, sie tue zu wenig zur Reduktion des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre, was zur einer Verletzung von Art. 8 EMRK führt (Randziffern 565–574). **Ein revolutionäres Novum in der Rechtsprechung von Strassburg: Verletzung eines Individualrechts ohne verletzte Individuen.** Damit schwingen sich 16 Richter der grossen Kammer – nur einer verweigerte sich diesem Urteil, nämlich der Vertreter von England – zum

Fortsetzung auf Seite 32

«Es sagte»... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Wir fragten in der vorletzten Schweizerzeit, von welcher Persönlichkeit die folgende Aussage stamme:

<<FÜR DIE UKRAINE IST NOCH NICHT DER MOMENT FÜR KOMPROMISSE.>>

Als Antwort standen zur Verfügung:

- A Wolodymyr Selenskyi, Präsident der Ukraine:
- B Ignazio Cassis, Bundesrat, Vorsteher des Departements für Auswärtige Angelegenheiten;
- C Joe Biden, Präsident der USA
- D Viola Amherd, Bundespräsidentin.

Die richtige Lösung:

- D In der Tat: Weder der ukrainische noch der amerikanische Präsident vertrat den zitierten Standpunkt. Vielmehr die Bundespräsidentin der (einst) neutralen Schweiz, VBS-Chefin Viola Amherd.

Gesetzgeber in Umweltfragen auf. Besonders betrüblich ist, dass auch der Schweizer Richter, Andreas Zünd (SP), die Schweiz verurteilt hat. Diese «Rechtsprechung» ist abzulehnen.

Die Gerichte sind bei ihrer Tätigkeit weniger frei als der Gesetzgeber; sie sind nicht Konstrukteure einer neuen Gesellschaft, sondern als Vollender der geltenden Gesamtrechtsordnung gefordert.

Strassburg kann gezähmt werden, wenn man will

Die Entscheidungen des EGMR entfalten keine über den entschiedenen Fall hinausgehende allgemeine Bindungswirkung für alle Vertragsstaaten der EMRK. Die Bindung an die Urteile des EGMR bedeutet somit nicht, dass sich die Vertragsstaaten nicht in Zukunft über eine Auslegung und Anwendung einer Konventionsbestimmung verständigen könnten: Tatsächlich sieht Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention Vereinbarungen über die Anwendung von vertraglichen Bestimmungen des Völkerrechts vor. So könnte die exzessive Rechtsprechung des EGMR mit einer Auslegungsvereinbarung aller Vertragsstaaten der EMRK gemäss Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention auf einen zwischen den Vertragsstaaten vereinbarten Inhalt der EMRK zurückgebunden werden. Der EGMR hätte die Auslegungsvereinbarung dann bei seiner Rechtsprechung bindend zu berücksichtigen. Die

Vertragsstaaten müssten sich jedoch aktiv der Möglichkeiten von Artikel 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention bedienen, um nicht das Heft des Handelns aus der Hand zu geben und dem EGMR Narrenfreiheit einzuräumen.

Davon ist leider nichts zu sehen, aber gerade die Bundesräte Cassis und Jans wären hier auf dem internationalen Parkett im Interesse der Schweiz gefordert.

Fulvio Haefeli



Dummes Zeug. Was schwatzt Macron für dummes Zeug! Truppen in die Ukraine entsenden? Die Armée de Terre hat nur noch zwei aktive Divisionen, total also rund 40'000 Soldaten. Zum Vergleich: 1989, am Ende des Kalten Kriegs, bestand das französische Heer aus drei Korps mit insgesamt zehn Divisionen und einem Verband für schnelle Aktionen. Die Aktiven der Légion mit rund 10'000 Mann sind über die halbe Welt verteilt. Auf der russischen Seite stehen konstant über 300'000 Mann. Für einen Angriff braucht es ein Verhältnis von mindestens 3:1. Macron soll im eigenen Land für Sicherheit sorgen.

Tis Hagmann



PROTESTANTISCHER
VEREIN
KIRCHE UND GLAUBE

www.pvkg.ch

Der PVKG lädt zur Tagung in die Tagungsstätte Rämismühle, Mühlestrasse 8, 8487 Rämismühle ein.

Die heutige Zeit mit den Herausforderungen von Krieg, in Israel mit den Hamas, in der Ukraine mit Russland und weiteren Informationen über aktuelle Ereignisse in Politik, Wirtschaft (Strom), Glaube, Erziehung und Familie (Abtreibung). Die Referenten werden den Zuhörern die komplizierten und oft schwer verständlichen Zusammenhänge erläutern, damit sie sich ein Bild machen und dieses verstehen können.

Die Referenten sind sorgfältig ausgewählt worden. Sie stellen Ihre Thematik aus christlicher Sicht dar. Sie wollen die Zuhörer dahingehend informieren, dass sie selbst mit dem Gesagten etwas anfangen können.

Die Tagung beginnt am späteren Freitagnachmittag und dauert bis Sonntagmittag. Während dieser Zeit hören Sie verschiedene Referenten, nehmen an Diskussionen teil. Auch die Zeit für einen Spaziergang in der Umgebung wie für persönliche Gespräche soll nicht fehlen.

Freitag, den 7. Juni

Ab 16.00	Eintreffen und Empfang
18.15 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Herr Dr. Ulrich Schliuer, 8416 Flaach Wer bedroht die Schweiz? Wer regiert die Schweiz?

Samstag, den 8. Juni

07.45 Uhr	Besinnung zum neuen Tag, freiwillig
08.00 Uhr	Morgenessen
10.00 Uhr	Herr Markus Meizl, 4313 Möhlin Querschnitt durch die polizeiliche Strafverfolgung
12.15 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Frau Andrea Staubli, 5453 Remetschwil Auswirkung der WHO-Verträge auf die Schweiz
18.15 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Film: Katholizismus in Krise

Sonntag, den 9. Juni

07.45 Uhr	Besinnung zum neuen Tag, freiwillig
08.00 Uhr	Morgenessen
10.00 Uhr	Dr. theol. Rol. Kleger, 8280 Kreuzlingen Hoffnung und Freude trotz der kritischen Weltlage! Gottesdienst und Abendmahl
12.15 Uhr	Mittagessen und Tagungsabschluss

Tagungskosten mit Vollpension pro Person/Nacht

Im Einzelzimmer mit WC/Dusche	Fr. 132.–
Im Zweierzimmer mit WC/Dusche	Fr. 96.–

Anmeldung bis Montag, 3. Juni 2024, an:

Sekretariat PVKG, Laubeggstrasse 5, 9220 Bischofszell
info@pvkg.bluewin.ch

Petition «Schluss mit der Polit-Justiz: Schweiz soll EMRK und Europarat verlassen!»: JETZT UNTERSCHREIBEN

Das politische «Klima-Urteil» des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) gegen die Schweiz ist ein Skandal. Es geht leider längst nicht mehr um den Schutz der Menschenrechte: Die Richter in Strassburg offenbaren vielmehr, dass sie sich mit ideologischer Brille in die politischen Belange eines souveränen Landes einmischen. Sie missachten demokratische Volksentscheide des Schweizer Soveräns und verletzen die Gewaltenteilung.

Wir fordern:

Richter haben Recht zu sprechen und nicht Politik zu betreiben. Darum ist jetzt Zeit zu handeln! Wir fordern mit dieser Petition die Vereinigte Bundesversammlung und den Bundesrat auf:

Solange der EGMR sein «Klima-Urteil» gegen die Schweiz nicht widerruft und sich nicht klar zur Gewaltenteilung bekennt, soll die Schweiz...

... ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) sistieren.
... aus dem Europarat austreten.



Wir bitten Sie: Unterzeichnen Sie unsere Petition «Schluss mit der Polit-Justiz» eigenhändig – und so schnell wie möglich. Alle Personen, unabhängig von Alter und Nationalität, sind unterschriftsberechtigt. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Name/Vorname	Strasse/Nummer	PLZ/Ort	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			

Die Petition kann auch online unterschrieben werden unter:
www.fuer-gerechtigkeit.ch

Letzter Einsendetermin: Freitag, 31. Mai 2024

Bitte schicken Sie uns teilweise oder ganz ausgefüllte Bogen zurück an:
EDU Schweiz, Postfach, 3602 Thun



QR-Code
zur Website

Beendet endlich diesen elenden Krieg! Hinter feindlichen Linien



Wenn du Frieden willst, rüste zum Krieg. Ein Sprichwort voller Weisheit. In der Schweiz haben wir mit der immerwährenden bewaffneten Neutralität diesen Grundsatz perfekt verinnerlicht – und er soll mit der Neutralitätsinitiative auch in der Verfassung verankert werden. Ohne Not darf die Schweiz niemals einem Militär- oder Verteidigungsbündnis

wie der Nato beitreten. Das zeigt auch gerade der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Denn die Osterweiterung der Nato hat entscheidend zu dieser Eskalation beigetragen. Diese war nach dem Fall der Berliner Mauer ein historischer Fehler. Ein zügelloses Aufrüsten und grenznahe Annäherung an den Systemrivalen bringt eben kein Frieden, sondern Krieg.

Vor rund sechzig Jahren stand die Welt unter umgekehrten Vorzeichen ebenfalls kurz vor dem atomaren Dritten Weltkrieg. Damals wollte die kommunistische Sowjetunion sich bis vor die Grenze zu den USA militärisch ausdehnen. Das konnte die USA nicht akzeptieren – warum soll es Russland mit der Nato-Osterweiterung hinnehmen? Die militärische Ausdehnung des Westens

rechtfertigt jedoch mitnichten den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Putin ist der Hauptverantwortliche, doch es ist ein Versagen aller verantwortlichen Politiker – im Osten wie im Westen. Krieg als unverrückbare rote Linie hätte Putin nie überschreiten dürfen. Doch ohne die massive Osterweiterung der Nato hätte es diesen Krieg wohl nie gegeben.

Die Ukraine wird gegen Russland den Krieg nicht gewinnen können. Die Eskalationsspirale immer weiter nach oben zu drehen, ist brandgefährlich. Der Westen und vor allem die Nato müssen Russland entscheidende Zugeständnisse machen. Das mag unpopulär klingen. Doch nüchtern betrachtet gibt es keine andere Option – ausser wir wollen den Dritten Weltkrieg. Auch nach Zugeständnissen bleibt die Nato das grösste Militärbündnis, das die Welt je gesehen hat. Und das ist auch gut so. Nebenbei: Jeden Tag sterben hunderte Soldaten. Manche Kriegsgebiete werden auch als «Fleischwolf» bezeichnet, weil die menschlichen Verluste derart hoch sind. An Kriegen ist nichts Heldenhaftes.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

pneu 
bösiger
langenthal

**PNEUS
SIND UNSER
BUSINESS**

**PNEUSERVICE | AUTOSERVICE
KLIMASERVICE | AUTOVERKAUF
AUTOVERMIETUNG**



Nulltoleranz bei islamistischer Propaganda an Schweizer Schulen!

In Bern bedrohte Ende 2023 eine Horde von muslimischen Schülern eine Lehrerin und brüllte den islamistischen Schlachtruf «Allahu Akbar». Wo haben diese Kinder eigentlich solche Ausdrücke gelernt? Schluss mit der gefährlichen Radikalisierung von muslimischen Kindern und Jugendlichen in der Schweiz!



Walter Wobmann
Präsident
Egerkinger Komitee

Vorstandsmitglieder des Egerkinger Komitees:

alt NR **Walter Wobmann**, Gretzenbach SO
alt NR **Therese Schläpfer**, Hagenbuch ZH
Anian Liebrand, Geschäftsführer, Ruswil LU
Grossrat Dr. **Patrick Freudiger**, Langenthal
Grossrat **Nils Fiechter**, Oberwil i.S. BE
Roland Haldimann, Oberentfelden AG

Egerkinger
Komitee

**Für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Ordnung
und des christlichen Abendlands**

Werden Sie Unterstützer des Egerkinger Komitees!

www.egerkingerkomitee.ch - Mitglied werden

- Ich möchte Unterstützer des Egerkinger Komitees werden (mind. Fr. 20.- pro Jahr).
 Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu.

Vorname Name

Strasse PLZ / Ort

E-Mail Telefon

Geburtsdatum Unterschrift

Ausschneiden und senden an: Egerkinger Komitee, 6000 Luzern oder per E-Mail: info@egerkingerkomitee.ch
Spenden auf PC-Konto 89-105410-9 | IBAN CH09 0900 0000 8910 5410 9



In gefährlicher Zeit

Wie der General Guisan-Marsch entstanden ist

von Nationalrat Hermann Berger, Olten (1905–1979)

Es waren die schicksalhaften Tage Anfang September 1939. Das Solothurner Regiment II wurde am zweiten Tage der Kriegsmobilmachung in nächtlicher Fahrt ins östliche Delsberger Becken verlegt, um einen möglichen feindlichen Einbruch über den Scheltenpass zu verwehren. Unsere 49er waren in Courroux, die 50er in Courrendlin und wir vom Bataillon 51 in Vicques und Reclaine. Sofort begann eine intensive Ausbildungszeit.

Für uns Trompeter des Bataillonsspiels 51 bestand sie unter Wachtmeister Jaeggis Taktstock in straffem Musizieren. Über diese ersten Tage der Grenzbesetzung lag der heilige Ernst fester Entschlossenheit, dem Fahneid auch in den schwersten Stunden treu zu bleiben.

Am Montag der dritten Woche wurde uns ein junger Trompeterkorporal zugeteilt. Wachtmeister Jaeggi war allerdings weder krank noch beurlaubt, sondern man vernahm bald, dass er im schönen alten Pfarrhaus zu Vicques aus persönlichem Entschluss, aber auch auf Wunsch unseres Regiments-Kommandanten, Oberst Werner Schnyder aus Solothurn, an einem General Guisan-Marsch komponiere. Schon war bekannt, dass im ganzen sieben solcher Märsche bereits geschaffen oder im Entstehen begriffen seien.

Am Mittwochabend nach dem Hauptverlesen bat mich Wachtmeister Jaeggi zu sich. Wir schlenderten in der herrlich sinkenden Abendsonne aus dem Dörfchen, Richtung Courroux. «Ich habe in diesen drei Tagen», so sagte Stephan zu mir, «den Marsch am Klavier erarbeitet. Es ist meine Gewohnheit, bevor ich eine Note setze, den wesentlichen Teil einer Komposition einem vertrauten Menschen zu eröffnen. Darf ich in diesem Falle dich zu meinem Vertrauten machen?» Und alsogleich sang er mir vor oder schilderte in bunter Abwechslung seinen General Guisan-Marsch. «Der General ist ein Waadtländer, ich möchte deswegen das «Roulez Tambours» einbauen. Zudem sollte der Marsch französischen Charme haben, was mit sechs Claironbläsern erreicht werden könnte. Auch beabsichtige ich, alle Tambouren des Regiments einzusetzen, das ergäbe wiederum einen besonderen welschen Einschlag.» Was konnte ich anderes tun, als den Eingebungen des Künstlers zuzustimmen ...

Die Sonne war längst hinter den fernen Höhen von Les Rangiers niedergegangen, als unsere für mich so seltsame und feierliche Unterredung zu Ende war. «Ich danke dir, bis am Samstag schreibe ich Partitur und Einzelstimmen, und am Montag beginnen die Proben mit dem Regimentsspiel!» So wurde ich gleichsam zum Geburtshelfer des General Guisan-Marsches. Darauf werde ich immer stolz sein.



Stephan Jaeggi (1903–1957) Komponist des General Guisan-Marsches

Und es begannen die gemeinsamen Proben aller Bataillonsspiele, gut hundert Mann mit einem Dutzend Tambouren. Stephan Jaeggi wurde zum unerbittlichen Dirigenten. Nichts wurde uns geschenkt, sein aussergewöhnliches Können und Empfinden brachte ihn – und uns geplagte, aber zur grössten Hingabe bereite Trompeter – oft fast zur Verzweiflung. Das schöne Geländedreieck Vicques-Courroux-Courrendlin wiederholte täglich von unserem Spiel, und mehr und mehr ergriff das ganze Regiment, vom Kommandanten bis zum letzten Mann, eine Begeisterung, die heute nur schwer zu beschreiben ist. Es war bekannt geworden, dass sich der General vorbehalten hatte, alle sieben Märsche persönlich anzuhören und dann die Wahl zu treffen. Schon war das Datum seines Besuches der Solothurner Truppen und damit unserer grossen Prüfung bestimmt.

Der Generalsbesuch war da! Rechts auf dem Dorfplatz von Courroux stand eine Ehrenkompanie des Bataillons 49 unter Hauptmann Josef Hofstetter aus Gerlafingen, in der Mitte der Kommandant des Bataillons 49, Major Eugen Moll aus Solothurn, mit seinem Stab und linker Hand im Halbkreis das Regimentsspiel – sechs Claironisten mit je zwei Schweizer, Waadtländer und Solothurner Fanions, zwölf Tambouren und dahinter wir Trompeter. Ein schönes Bild! Wir wussten, dass



Musikdirektor Mantegazzi mit Hilfe des Generaladjutanten, Oberstdivisionär Dollfuss, versucht, den General umzustimmen. Ich würde eine solche Demütigung nicht ertragen, was soll ich tun?» Wie konnte ich helfen? Es war für mich peinlich, meinen verehrten Freund und Spielführer in solcher Verfassung zu sehen, ich bedauerte ihn aufrichtig. Schliesslich kam mir der rettende Gedanke: «Schreib an Bundesrat Obrecht, er ist Solothurner und wird dir den Gefallen tun, mit dem General zu sprechen!»

Jaeggi befolgte den Rat noch am selben Abend. Drei Tage später zeigte er mir einen Brief von Bundesrat Obrecht, des Inhalts, dass er mit dem General gesprochen habe und dieser selbstverständlich bei seinem Entschluss bleibe. Und wieder ein paar Tage später fuhr

Der General im Gespräch mit Wachtmeister Jaeggi

sich der General die andern sechs Märsche bereits angehört hatte. So wurde für uns das Warten zur Qual, die Minuten zu Stunden! Endlich fuhr der Wagen mit der berühmten Standarte vor. Mit seiner unnachahmlichen Eleganz und Würde entstieg der General dem Auto. Der Bataillonskommandant meldete, die Ehrenkompanie wurde abgeschritten, und jetzt wandte sich der hohe militärische Gast dem Regimentsspiel zu. Unsere Soldatenherzen pochten zum Zerspringen, der Spielbeginn war eine Erlösung. Als der letzte Ton des Marsches wie ein Jubel verhallt war, herrschte Totenstille. Da geschah das von uns sehnlichst Erwartete: Der General trat nach kurzem Besinnen auf unseren Spielführer zu, reichte ihm die Hand und sprach: «Ich danke Ihnen, Wachtmeister Jaeggi, Ihr Marsch soll meinen Namen tragen!»

Was für ein Leuchten in Jaeggis Gesicht, was für ein Stolz in uns allen – und wie haben wir unseren Erfolg gefeiert! Stephan Jaeggi suchte mich am Abend wiederum auf, bleich und aufgereggt. «Mein Marsch ist in Gefahr. Ich habe aus sicherer Quelle erfahren, dass

der Radio-Wagen aus Bern vor. Auf dem für uns nun historisch gewordenen Dorfplatz von Courroux wurde der Marsch auf Platten aufgenommen und begann damit seinen Triumphzug durch das Land. Ungezählte Male hat ihn unser Regimentsspiel der Truppe und der gleichermaßen begeisterten Bevölkerung in Konzerten gespielt, so auch im Stadttheater Olten.

*

1957 erlag der grosse Musiker, Komponist und Musikdirektor Stephan Jaeggi auf dem Höhepunkt seines musikalischen Schaffens einem Herzschlag, ausgerechnet in den Tagen des Eidgenössischen Musikfestes. 1960 starb auch unser General Henri Guisan, der grosse Eidgenosse, dem die Liebe und grenzenlose Verehrung seiner Armee und des ganzen Schweizervolkes galt und immer gelten wird. Der General Guisan-Marsch aber lebt zu ihrem Gedenken weiter.

Hermann Berger

(aus der Gedenkschrift zu Ehren von Stephan Jaeggi (1903–1957), ebenfalls erschienen im «Oltner Neujahrsblatt 1961», zugesandt von Major aD Ernst Lampert, ehem. Inspektor der Schweizer Militärmusik, Lachen SZ)

Neuer Textil Drucker für die Geistige Landesverteidigung braucht DICH!

Danke für deine Unterstützung!

PATRIOT.SHOP
Postfach 109, 8192 Glattfelden

www.PATRIOT.ch/spenden

[zur Spendenseite](#)

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI

ZANETTI
POSCHIAVO/GR

ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Schädliche Risiken und Nebenwirkungen

2x NEIN zu Kostenbremse- und Prämien-Initiativen

Kosten von bis zu 1200 Franken pro Haushalt

Die Prämien-Initiative führt zu immensen Mehrkosten. 2030 sollen es bis zu 11,7 Mrd. Franken pro Jahr sein. Das belastet Haushalte massiv.

Sparsame Kantone werden zur Kasse gebeten

Die Umverteilung betrifft auch sparsamere Kantone. Sie müssen über den Bund die Prämienverbilligung für weniger sparsame Kantone bezahlen. Das ist ungerecht.

Bürokraten entscheiden, Kranke müssen warten

Die Kostenbremse-Initiative rationiert die Medizin. Weil sich der Kostendeckel an der Konjunktur orientiert, werden Behandlungen bei schlechter Wirtschaftslage eingeschränkt. Das ist absurd.



Deshalb: 2x NEIN zu den Gesundheitsinitiativen

www.gesundheitsinitiativen-nein.ch

Ein weiteres vergiftetes Geschenk der Linken

Nein zur extremen SP-Prämieninitiative

von Thomas Aeschi, Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident, Baar ZG

Von der SP-Prämieninitiative profitieren die Romandie und der Pharma-Kanton Basel-Stadt finanziell am meisten, während die Ostschweiz, die Zentralschweiz sowie die Kantone Zürich und Aargau das Nachsehen hätten. Sagen auch Sie Nein zu dieser Umverteilungsinitiative zulasten der sparsamen Deutschschweizer Kantone.



Am 9. Juni stimmen wir über die SP-Prämieninitiative ab. Statt den Mittelstand zu entlasten, führt die wohltonende SP-Prämieninitiative (niemand soll mehr als zehn Prozent seines Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden) zu noch mehr Umverteilung. Eine Annahme der Initiative würde dazu führen, dass sparsame Kantone wie beispielsweise Ap-

penzell Innerrhoden, wo man sich nicht einmal mehr ein eigenes Spital leistet, die viel ausgabenfreudigeren Westschweizer Kantone querfinanzieren müssten. Dies wäre eine klare Verletzung des Föderalismus und der Souveränität der Kantone. So würden vor allem Kantone mit hohen Gesundheitskosten belohnt, statt dass man sich jene Kantone zum Vorbild nimmt, die ihre Gesundheitskosten im Griff haben.

Ein Spezialfall ist der Kanton Waadt. Er hat das SP-Modell bereits unter dem ehemaligen SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard eingeführt. Würde die SP-Initiative angenommen, könnte der Kanton Waadt die hohen kantonalen Prämiensubventionierungskosten von rund einer halben Milliarde Franken zu einem beträchtlichen Teil bequem auf die Steuerzahler insbesondere aus der Deutschschweiz abwälzen.

Die SP-Initiative setzt gleich mehrfach falsche Anreize. So sinkt der Anreiz von Personen, deren Krankenkassenprämien teilweise oder ganz durch die anderen Steuerzahler bezahlt werden, die eigenen Gesundheitsausgaben im Zaum zu halten. Doch es geht noch weiter: Weil die SP-Initiative die Krankenkassenprämie ans Einkommen koppelt, ist es attraktiv, weniger zu arbeiten, um von den staatlichen Prämienverbilligungen zu profitieren.

Massive Mehrkosten für den Mittelstand

Bundesrat und Parlament empfehlen die SP-Prämieninitiative auch deshalb zur Ablehnung, weil diese gemäss Bundesrat Mehrkosten von jährlich 7 bis 11,7 Mia. Franken (Stand 2030) verursachen würde. Um derart hohe Mehrausgaben zu finanzieren, müsste die Mehrwertsteuer (Mwst) um weitere zwei bis drei Prozent (!) erhöht werden. Nachdem die Mwst bereits für die Finanzierung der 13. AHV-Rente um bis zu einem Prozent erhöht werden muss, würde sie bei Annahme dieser Initiative von heute 8,1 auf über zehn Prozent

steigen. Pro Haushalt bedeutet dies Mehrkosten von mindestens 1'200 Franken. Ein weiteres Mal wäre der Mittelstand – insbesondere Familien mit Kindern – am stärksten betroffen.

Ja zum massvollen Gegenvorschlag

Stattdessen unterstützen Bundesrat und Parlament den indirekten Gegenvorschlag, der automatisch in Kraft tritt, wenn die Initiative abgelehnt wird. Mit diesem werden die Kantone verpflichtet, ihrerseits die Prämienverbilligungen gezielt zu erhöhen. Mit dem Gegenvorschlag werden insbesondere jene Kantone belohnt, die während der letzten Jahre das Wachstum der Gesundheitskosten in ihrem Kanton dämpfen konnten.

Was ist zu tun?

Als SVP-Fraktionspräsident bin ich der Meinung, dass es mit dem hohen Wachstum der Gesundheitsausgaben und den immer höheren Prämien, wie wir sie unter Ruth Dreifuss (SP), Pascal Couchepin (FDP), Alain Berset (SP) und nun Elisabeth Baume-Schneider (SP) gesehen haben, so nicht weitergehen kann. Wir müssen die Ausgaben reduzieren, statt noch mehr Steuergeld umzuverteilen. Eigenverantwortung und Selbstvorsorge müssen sich wieder lohnen, und es darf nicht sein, dass jeder Asylant den gleichen Zugang zu unserem Gesundheitswesen hat wie wir Schweizerinnen und Schweizer.

Fazit: Die enorm teure SP-Initiative ist ein Fass ohne Boden – zudem enthält sie keine Anreize zur Dämpfung der Gesundheitskosten. Sie pumpt einfach noch mehr Geld ins System und lässt so die Gesundheitskosten explodieren. Sagen Sie deshalb Nein zu noch höheren Steuern und lehnen Sie die verfehlte SP-Prämieninitiative entschieden ab.

Thomas Aeschi



Finnland gibt Gas. 1'000 Schiessstände sollen bis 2030 neu geschaffen oder reaktiviert werden. Dabei soll nicht nur die Infrastruktur verbessert, auch die Gesetzgebung soll vereinfacht werden. Das Vorhaben geht zeitgleich einher mit einem steigenden Interesse an der Heimatverteidigung. Bei uns geschieht genau das Gegenteil: Schützen-Gängelung, Aufhebung von Schiessständen, Verschärfung des Waffrechts und dergleichen.

Tis Hagmann



Angriff auf unsere Freiheit stoppen!



Bewaffnete Bürgerwehren?

Wenn die Polizisten fehlen

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

In einem Interview in der Gratiszeitung «20 Minuten» hat Johanna Bundi Ryser, die Präsidentin des Verbands Schweizerischer Polizeibeamter, klar und deutlich vor Unterbeständen bei der Polizei gewarnt. Dieser Notstand betrifft sämtliche Polizeikorps der Schweiz, in den Städten ist er jedoch besonders ausgeprägt.



Johanna Bundi manövriert seit langer Zeit und sehr erfolgreich das Schiff des Polizeibeamtenverbandes auch durch stürmische Gewässer, und sie ist alles andere als eine populistische Scharfmacherin. Wenn sie aber wörtlich sagt «dann drohen uns bewaffnete Bürgerwehren», sollte die Politik hellhörig werden, ja geradezu alarmiert sein. Da ist es auch nicht zielführend, wenn

immer mehr Aufgaben an private Sicherheitsdienste ausgegliedert werden. Diese Art von Outsourcing von hoheitlichen Aufgaben ist problematisch und ritzt oftmals die Rechtsstaatlichkeit.

Selbstverständlich haben private Sicherheitsunternehmen ihre Berechtigung und leisten vielerorts wertvolle und professionelle Arbeit. Mit gegen 30'000 Mitarbeitenden sind sie personell auch weitaus besser dotiert als sämtliche schweizerischen Polizeikorps mit insgesamt weniger als 20'000 Angehörigen. Schweizweit fehlen den Polizeikräften mehreren tausend Männer und Frauen – ein Mangel, welcher sich bald auf die Sicherheit der Bevölkerung negativ auswirken dürfte. Extradienste, Einsätze bei Demonstrationen und gewalttätigen Fussballspielen, neue Kriminalitätsformen (Stichwort Cybercrime) sowie eine 24 Stunden-Gesellschaft, welcher es zunehmend an Respekt und Anstand fehlt, halten viele jungen Leute davon ab, sich bei derart exponierten Polizeikorps zu bewerben.

Zweiklassen-Sicherheit?

Man spricht hierzulande oft von einer Zweiklassen-Medizin, und es dürfte nicht mehr allzu lange dauern, bis man über eine Zweiklassen-Sicherheit sprechen muss. Wer über genügend finanzielle Mittel verfügt, kann sich durch private Anbieter ein Mehr an Sicherheit leisten, während der Normalbürger damit leben muss, dass die Polizei ihre Einsätze priorisieren wird. Je nach Ereignis und Personaldecke kann es sein, dass weniger dringende Hilfeleistungen von der Polizei nicht mehr erbracht werden können. Einsätze beispielsweise bei verstellte Zufahrten, Bagatellunfällen, kleineren Raufereien und Ehrverletzungen sowie Nachtlärm können dann nicht mehr aufrechterhalten werden.

Zudem belastet die steigende Kriminalität und insbesondere die Ausländerkriminalität jede Polizistin und

jeden Polizisten, wobei die Kriminalpolizei zusätzlich mit einer täterfreundlichen Strafprozessordnung konfrontiert ist. Deshalb ist es dringend notwendig, die Strafprozessordnung an die ermittlungstaktisch notwendige Realität anzupassen, um so eine effiziente Strafverfolgung überhaupt zu ermöglichen. In der Zwischenzeit wurden nicht nur die Kriminalstatistiken von Bund und Kantonen publiziert und teilweise emotional diskutiert – auch die Staatsanwaltschaften haben die Öffentlichkeit darüber orientiert, dass sich die Pendenzen stauen und oft nicht fristgerecht erledigt werden können.

Wie lange noch?

Schlussendlich steht jeder Frontpolizist bei seiner Arbeit im Fokus der Öffentlichkeit und muss damit rechnen, bei der Ausübung seiner Arbeit vor den Kadi gezogen zu werden. So hat nach einer Personenkontrolle in Zürich ein Schweizer mit kenianischen Wurzeln die Eidgenossenschaft bzw. das Vorgehen der Polizei beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingeklagt mit der Begründung, dass die Kontrolle nur wegen seiner Hautfarbe erfolgt sei. Wie nicht anders zu erwarten, haben die EGMR-Richter in Strassburg dem Kläger recht gegeben und die Schweiz einmal mehr zum «Schurkenstaat» erklärt. Dass sich unter all diesen Gegebenheiten noch junge Menschen entscheiden, den Polizeiberuf zu ergreifen, grenzt an ein Wunder. Die Frage lautet jedoch: Wie lange noch?

Markus Melzl

Churz & Bündig

Das umstrittene Büro des Palästinenser Hilfswerks-UNRWA unter seinem umstrittenen Chef, dem Schweizer Philippe Lazzarini, in Jerusalem domiziliert, musste offenbar geschlossen werden. Wegen angeblicher Anschlags-Gefahr. Weiss jemand, warum das Palästinenser-Hilfswerk in Jerusalem und nicht zum Beispiel in der Palästinenser-Hauptstadt Ramallah angesiedelt ist? Etwa, weil Jerusalem den Hilfswerk-Funktionären höheren Komfort garantiert?

*

Wie kann man die Politik von Bundesrat Cassis zutreffend definieren? Ein Leser meint: «Am Abgrund stehend – den nächsten Schritt planend».

us

eljah werte bewahren

Publireportage

Damit Krisen zu Chancen werden

Vor 79 Jahren

Nach dem 2. Weltkrieg gab es wieder Frieden auf Erden. Doch die Skepsis zwischen Russland und dem Westen blieb. Der sogenannte Kalte Krieg war geprägt vom Aufrüsten der angehenden Atomkräfte. Danach folgte eine Zeit des Abrüstens. Die europäischen Staaten reduzierten ihre Armeen auf ein Minimum und sind heute kaum mehr einsatzfähig.

Die Konflikte kommen näher

Mit dem Krieg in der Ukraine wird wieder massiv aufgerüstet. Gleichzeitig provoziert der Westen den russischen Staatschef Putin mit Waffenlieferungen an die Ukraine, mit dem Einsatz von Truppen und wirtschaftlichen Sanktionen. Sind wir uns bewusst, dass Russland die Hälfte des weltweit vorhandenen Atomwaffen-Arsenals besitzt? Wenn Europa und die USA weiterhin Russland herausfordern und sich immer näher an dessen Grenze positionieren, hat dies nichts mit Friedensbemühungen zu tun. Das Risiko zu einem Krieg grösseren Ausmasses, der auch die faktisch nicht mehr neutrale Schweiz treffen könnte, steigt von Tag zu Tag. Warum? Weil die Bemühungen des Westens von Stolz und Überheblichkeit geprägt sind.

Ähnlich heikel, aber noch viel komplexer ist die Lage im Nahen Osten. Die Krise um den Suezkanal, für viele ein Nebenschauplatz, könnte uns teuer zu stehen kommen. Bereits hat sich der Schiffsverkehr halbiert. Eine drastische Rohstoffverknappung könnte die Folge sein. Allein die Verzögerungen der Güterlieferungen aus Asien, insbesondere aus China, würden die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft stark verändern.

Der Realität in die Augen schauen

Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung will der Realität nicht in die Augen schauen. «Alles ist doch soweit okay. Konflikte hat es immer geben», sagen sich viele. «Der Mensch ist gut und am Schluss wird das Gute siegen.» Diese Haltung ist gefährlich.

Was prägt meine Herzensgedanken?

Sich auf Krisen vorzubereiten ist das pure Gegenteil eines egozentrischen Ansatzes, bei dem es darum geht, ohne Rücksicht auf andere für sich selbst zu sorgen. Die Solidarität muss im Zentrum bleiben! Der Staat dürfte schon bald überfordert sein, den Menschen zu helfen. Lassen wir uns vom Vater im Himmel inspirieren, die richtigen Vorbereitungen zur Hilfe für Nachbarn in der Not zu treffen.

Im Hinblick auf unsere Zeitepoche ist die Bibel voller Prophetien und Verheissungen. Am besten ist es, sich mit diesen Verheissungen zu befassen und unser Herz mit guten Gedanken zu nähren. Schliesslich ist es auch eine Glaubensfrage und entspricht dem Aspekt des treuen Haushaltens, sich mit seinem Ersparten zu beschäftigen.

Lieber Vorsorgen als Nachsehen

Was nicht unbedingt zum Leben benötigt wird, sollte als finanzielle Reserve zum Beispiel mit Silber oder Gold abgesichert und nicht bei Banken deponiert werden. Als meine Frau und ich pensioniert wurden, haben wir uns den Betrag aus der Pensionskasse auszahlen lassen und in physisches Edelmetall investiert. Das gibt uns Sicherheit für den Fall, dass eines Tages eine Rezession gekoppelt mit Hyperinflation auftreten könnte. Silbermünzen sind für den Tauschhandel ideal, und mit einem Konto, das den Wert mit Silbergranulat absichert, bleibt man auch liquid.

Seit 4 Jahren sind wir Vermittler der Firma BB-Wertmetall. Die Abgeltung kommt der Stiftung für nachhaltiges Leben zugute. Ihr Zweck ist es, Menschen auf die Ewigkeitsperspektive des Lebens hinzuweisen.

Angebot: Die Bücher «Krise – was tun?» und «Krisenwirtschaft» verschenken wir gerne an interessierte Schweizerzeit-Leser.

Kontaktieren Sie uns.

Das Buch «Krisenwirtschaft – Schlüssel zur Hilfe & Selbsthilfe» ist eine exzellente Aufklärung und dient zur Vorbereitung auf globale Veränderungen, die uns persönlich betreffen. Schon bald dürften uns existenzielle Fragen beschäftigen:

- Wer sind meine Freunde und Nachbarn?
- Reicht mein Notvorrat für drei Monate?
- Wie heize ich mein Zuhause ohne Strom?
- Ist mein Erspartes in Sicherheit?

Ich empfehle dieses Buch unbedingt zu lesen!



Ihr
Geschenk

Bruno Jordi
Ursula Seifried Jordi
jordi.b@bluewin.ch und
079 651 92 74
www.eljah.ch

eljah werte bewahren




 Helfen Sie mit!

[1000plus.net/de-ch](https://www.1000plus.net/de-ch)

St. Gallen sagt «Nein!» zu HILFE statt Abtreibung

Seit 2009 trägt 1000plus Deutschland die Beratung und Hilfe tausender Schwangerer in Not im gesamten deutschsprachigen Raum. Um diese wohlthätige Arbeit unmittelbar auch in der Schweiz weiter auszubauen, wurde im Jahr 2023 die 1000plus Schweiz GmbH ins Leben gerufen.

Mit Entscheidung vom 10. Oktober 2023 wurde uns durch das kantonale Steueramt St. Gallen die **Anerkennung der Gemeinnützigkeit verweigert**. 1000plus sei nicht gemeinnützig im Sinne der «gesellschaftlichen Gesamtsicht». Das Steueramt ist der Ansicht, dass unser durch 1000plus finanziertes Profemina-Beratungsangebot «nicht im Interesse der Allgemeinheit» ist.

Wir sind jedoch der Überzeugung, dass 1000plus Schweiz aus folgenden Gründen gemeinnützig ist:



Die Beratung und Hilfe für Schwangere und ihre Familien ist zu **100% kostenlos** und erfolgt ohne jegliche Gegenleistung.



Die Beratung und Hilfe stehen **jeder Frau** offen – unabhängig von Herkunft, Alter, Religion, Kultur, sozialer Schicht, Einkommen und Familienstand.



Die Unterstützung, die Schwangeren in Not hilft, eine lebensbejahende Entscheidung zu treffen, dient dem **Allgemeinwohl der Schweizer Bevölkerung**.

Wir bitten Sie daher, den offenen Brief an das kantonale Steueramt St. Gallen online zu lesen und zu unterzeichnen, wenn Sie unsere Ansicht teilen.

Jede Unterschrift ist wichtig und wertvoll: Bitte setzen Sie ein Zeichen, dass der Souverän der Schweiz noch immer die Schweizer Bevölkerung ist – und keine ideologisch voreingenommene Behörde. Setzen Sie diesem Willkürakt **mit Ihrer Unterschrift ein klares JA für Schwangere in Not**, für das Leben und für die Freiheit entgegen!

Schließen Sie sich unseren Erstunterzeichnern **Lukas Reimann**, Nationalrat SVP – **Oskar Freysinger**, alt National- und Staatsrat SVP – **Maria Rita Marty**, alt Kantonsrätin SVP – **Daniel Frischknecht**, Präsident EDU Schweiz – **Thomas Lamprecht**, Vizepräsident EDU Schweiz – **Erich Vontobel**, Nationalrat EDU an.



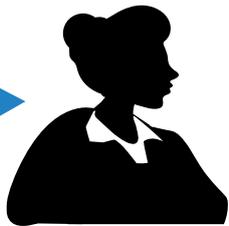
Jetzt **scannen** und
online unterschreiben!



1000plus Schweiz GmbH
Rorschacherstr. 155 | 9000 St. Gallen
www.1000plus.net/de-ch
kontakt@1000plus.net

Spendenkonto:
IBAN CH30 0900 0000 1620 3044 3
BIC POFICHBEXX

https://www.1000plus.net/de-ch/offener_brief_sg



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Kolleginnen und Kollegen aus der SVP und darüber hinaus sowie verschiedene Medien haben in letzter Zeit mehrfach auf die junge Frau im Aargau hingewiesen, von der man politisch noch hören werde. Sie habe Power, leiste beruflich und politisch viel, habe Mut und greife gern heisse Eisen auf. Und sie sei eher unkonventionell und passe nicht in eine Schablone. Einige bezeichnen sie sogar als «Geheimwaffe der SVP». Gründe genug, mehr von ihr und über sie zu erfahren.

Vivienne Huber (info@viviennehuber.ch)



Am Eidgenössischen Schwingfest

Am 27. September 2001 hat sie das Licht der Welt im aargauischen Muri erblickt. Ihre Wurzeln reichen bis nach Brasilien, denn ihre Mutter war einst in die Schweiz eingewandert, wo sie ihren Vater kennenlernte. Als jüngstes Kind ihrer Familie hat sie eine ältere Schwester (*1995) und einen älteren Bruder (*1998). Die Vielfalt der kulturellen Einflüsse prägen denn auch ihre Politik und ihre Persönlichkeit.

«Ich habe eine Ausbildung zur medizinischen Praxisassistentin an der Juventusschule in Zürich absolviert. Inmitten der Wirren der Corona-Pandemie habe ich es gewagt, mich gegen den indirekten Impfpflicht zu stellen und habe meine Überzeugung verteidigt.»

Kernthema Freiheit

Ihre Abschlussarbeit zum Thema Freiheit ist ein Manifest der Unabhängigkeit und des Widerstands gegen politische Zwänge. Sie geht sogar noch einen Schritt weiter und sucht das Gespräch mit politischen Grössen wie Roger Nordmann (SP) und Andreas Glarner (SVP). Es ist

ausgerechnet der provokative Glarner, der sie von seinen Ansichten überzeugt und dazu bringt, sich der SVP anzuschliessen.

Seither ist Vivienne Huber ein engagiertes Mitglied der SVP. Sie gründet die Ortspartei in Waltenschwil, wird Vorstandsmitglied der SVP Bezirk Muri und Teil der Parteileitung der Jungen SVP Aargau. Durch ihren grossen Einsatz und die Leidenschaft, mit der sie für ihre politischen Überzeugungen kämpft, hat sie sich rasch zu einer respektierten und zugleich kontroversen Persönlichkeit in der politischen Landschaft entwickelt. Vivienne Huber spricht gern auf Podien und hat bereits Vorträge zum Thema häusliche Gewalt im Migrationskontext gehalten.

Beruflich und politisch rasch voran

Direkt nach der Berufslehre holt sie die Berufsmaturität in Gesundheit und Soziales nach. Danach arbeitet sie bei Dr. med. Claudio Lorenzet in Bergdietikon. Und wie es der Zufall will: Ihr ehemaliger Chef ist ein Freund und Geschäftspartner von Andreas Glarner.

«Ich liebte meinen Job. Mein damaliger Chef hat mich bei all meinen Vorhaben, wo er nur konnte, unterstützt. Für meine Nationalratskandidatur für die Junge SVP hat er sogar mein Wahlplakat neben dem Eingang der Praxis platziert.»

Vivienne Huber präsentiert sich als moderne junge Frau, die aber sehr konservativ eingestellt ist. Die sexistischen Beleidigungen wegen Ihres Äusseren und die plumpen Anmachsprüche gehören für sie zur Tagesordnung. «Boulevard-Blätter haben in grosser Aufmachung darüber berichtet, auch eine Einladung in die Sendung «Talktäglich» habe ich erhalten. Nach meinem Fernsehauftritt erhielt ich ein tolles Jobangebot als Geschäftsleitungsassistentin eines Kosmetikunternehmens. Ich habe es angenommen und bin nun für das Marketing und die Personalbetreuung zuständig, und ich habe grosse Freude an dieser Arbeit.»

Wohl kaum eine junge, politisch aktive Person steht so stark im Fokus des politischen Widerstands wie Vivienne Huber. Trotz der Kritik und der zahlreichen Anfeindungen, die sie insbesondere auf der ehemaligen Plattform Twitter erfährt, lässt sie sich nicht einschüchtern. Trotz harter Fronten und hitziger Debatten bleibt sie sich selbst treu und geht entschlossen ihren Weg.



Ehrenamtlich im Samariterverein

«Nach einer Podiumsdiskussion an der Berufsfachschule Baden zeigte ein Lehrer mit erhobenem Finger auf mich und bezeichnete die SVP vor den Augen seiner Schüler als rassistische Partei. Diese unprofessionelle, vorverurteilende und emotionale Reaktion hat mich wütend gemacht. Ich habe darauf dem Lehrer gesagt, dass es nicht seine Aufgabe sei, seine persönliche Meinung über politische Parteien vor seinen Schülern zu verbreiten. Er nehme seine Verantwortung als Pädagoge nicht ernst und dränge sie in eine politische Richtung, statt sie zur freien Meinungsbildung zu ermutigen.»

Und sie meint: «Der beste Weg, mit Widerstand umzugehen, ist es, dem Gegenüber mit überzeugenden Argumenten und manchmal einem Lächeln zu begegnen.»

Das zahlt sich offensichtlich aus. Bei den Nationalratswahlen 2023 startet sie auf Platz 11 und «stürmt» auf Platz 1 vor. Mit knapp 3'000 Stimmen erreicht sie das beste Resultat der Aargauer Jungparteien. Das gibt natürlich Appetit, im kommenden Herbst für den Grossen Rat (Kantonsrat) anzutreten. Sie will sich insbesondere für eine restriktive Migrationspolitik einsetzen.

Frauenrechte, Islam und Woke-Ideologie

«Straffällige Ausländer müssen schneller ausgeschafft, und die Zuwanderung muss massiv eingeschränkt werden!» lautet ihre Forderung. Zudem sei die fortschreitende Islamisierung eine ernsthafte Bedrohung unserer Gesellschaft und dürfe nicht toleriert werden. «Ich bin nicht in der SVP, um politisch beliebt zu sein, sondern weil ich mich für unsere Heimat einsetzen und sie schützen will!» Ihr bisweilen auffälliger und frecher aber dennoch bedachter Stil ermöglicht es ihr, auch unangenehme Themen anzusprechen.

Sie kritisiert den Feminismus vehement und fragt sich: «Warum kämpfen die Linken für Frauenrechte – wenn sie gleichzeitig beharrlich schweigen, sobald es um die Unterdrückung der Frauen im Namen des Islam geht? Diese Doppelmoral ist doch nicht akzeptabel.»



Mit Bundesrat Rösti



Mit Parteikollege David Allenspach

Ebenso ist die Woke-Ideologie für sie ein rotes Tuch. «Ich habe grosse Schwierigkeiten, wenn mich Leute aufgrund dieser Ideologie einschränken möchten. Es ist an der Zeit, dass wir uns wieder bewährten konservativen Werten zuwenden.»

Den Klimawandel betrachtet sie als «Geschäftsmodell». Umso mehr setzt sie sich für den Schutz unserer Heimat und die Wahrung unserer Werte und für eine freie, sichere Gesellschaft ein. In diesem Sinn ist sie durchaus eine Hardlinerin.

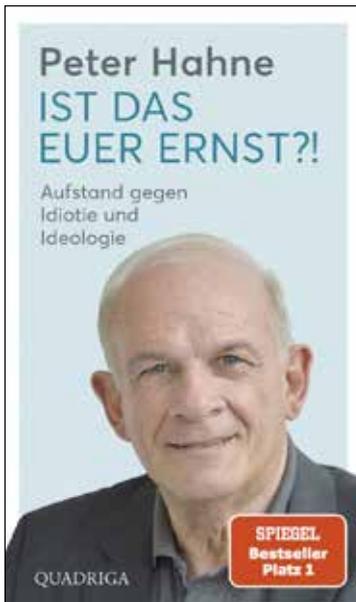
Samariterverein und Kirche

In Ihrer Freizeit engagiert sich Vivienne Huber ehrenamtlich im Samariterverein, und sie tankt Kraft in der Kirche. «Meine christliche Überzeugung ist ein wichtiger Teil meiner Identität.» Sie genießt es aber auch, Zeit mit ihrer Familie zu verbringen, begleitet von einem guten Essen. Und sie hofft, dass sie bald auch die eidgenössische Politik auf ihre besondere Art und Weise «rocken» kann.

Wir sind gespannt auf Vivienne Hubers «Polit-Rock» und wünschen ihr viel Erfolg.

Hans Fehr

BESTSELLER



Ist das euer Ernst ?

Aufstand gegen Idiotie und Ideologie

Peter Hahne

Gepfefferte, präzise treffende, glänzend unterhaltende Kommentare zu den Idioten, die uns links-grüne Chaos-Politiker und ihre Mediengefolgschaft täglich einzureden versuchen. Aufgeblasenes «Problembewusstsein» gegenüber behaupteter Klimakatastrophe nimmt Hahne ebenso aufs Korn

wie die Woke-Ideologie und masslose Übertreibungen, die lediglich totalitären Machtanspruch tarnen.

Quadrigo, Köln 2024, 141 S., geb., (Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 15.75

AKTUELL



Ich kauf mir ein Kind

Das unwürdige Geschäft mit der Leihmutterschaft

Birgit Kelle

Eine Wucht von einem Buch: Da setzt sich in den Medien das Dogma durch, wonach das Geschlecht von Menschen eine Sache «des Fühlens» sei. Wer an diesem Dogma zweifelt, wird medial gnadenlos zerstampft.

Die Ausschaltung der Biologie gelingt allerdings nicht bezüglich des Nachwuchses. Doch Paare, die aufgrund ihrer Geschlechtsföhlung nach biologischen Gesetzen nicht fortpflanzungsfähig sind, erheben trotzdem Anspruch auf Kinder, woraus — bisher totgeschwiegen — Auswüchse resultieren, die nur noch erschüttern.

Da werden sog. Leihmütter teilweise wie Zuchttiere behandelt, deren Kinder skrupellos wie Handelsware in den Verkauf geraten. Birgit Keller scheut sich nicht, kommerziell ausgerichtetes «Fremdgebären» als neue Form von Menschenhandel zu entlarven.

Finanzbuch, München 2024, 251 S., brosch., (Richtpreis Fr. 25.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.95

Büchertisch



Erinnerungen

Mein Leben in der Politik

Wolfgang Schäuble

Wolfgang Schäuble (1942 bis 2023), seit 1972 Mitglied des Bundestags, personifiziert gleichsam die Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland — von der Adenauer-Zeit

bis zum das Heute prägenden Niedergang des deutschen Nachkriegs-Dreiparteien-Systems.

Klett-Cotta, Stuttgart 2024, 651 S., geb., ill. (Richtpreis Fr. 49.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.90



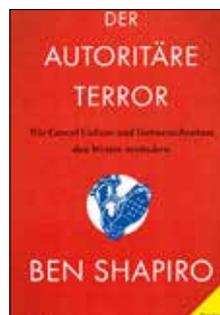
WHO-Pandemievertrag: Der finale Angriff auf Ihre Freiheit

Was Sie jetzt unbedingt wissen sollten!

Beate Bahner

Der Kampf gegen das von der WHO angestrebte weltweite Diktat über die Gesundheitspolitik treibt dem Höhepunkt zu. Dies verlangt danach, sich über alle Aspekte dieses Diktaturvorhabens genau zu informieren. Dazu leistet diese Neuerscheinung hervorragende Dienste.

Kopp, Rottenburg 2024, 384 S., geb., (Richtpreis Fr. 31.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.35



Der autoritäre Terror

Wie Cancel Culture und Gutmenschen den Westen verändern.

Ben Shapiro

Der Autor gehört zu den bedeutendsten Köpfen der jungen Konservativen in den USA. Sorgfältig legt er offen, wie Linksgrün den Kampf gegen nicht ihrer Vorgabe entsprechendem Denken mit diktatorischen Zielsetzungen führt — allzu oft mit bedenklichem Erfolg.

Langen Müller, München 2022 (New York 2021), 324 S., geb., (Richtpreis Fr. 37.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HÖRBUCH



Die Vernunft und Ihre Feinde

Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens

Thilo Sarrazin

Vor zehn Jahren legte Thilo Sarrazin seinen Bestseller «Deutsch-

land schafft sich ab» vor — die Folgen unkontrollierter Masseneinwanderung sorgfältig-sachlich analysierend. Seine Schlussfolgerungen veranlassten Angela Merkel, Thilo Sarrazin öffentlich zu ächten und ihm den Zugang zu Verlagen für seine Bücher massivst zu erschweren.

Heute muss Thilo Sarrazin feststellen: Der damals pessimistische Blick in die Zukunft ist Tatsache geworden. Weit rascher als vorausgesagt.

*Langen Müller, 2 mp3-CDs, 767 Minuten, Richtpreis Fr. 35.90
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.30*

BUCHZEICHEN



Die Stunde Null

Ein neues Wirtschaftswunder ist möglich

Markus Krall

Die Diagnose zum galoppierenden Niedergang Deutschlands präsentierte Markus Krall an der Schweizerzeit Herbsttagung im November 2023. Jetzt erscheint sein neues Buch: Krall zeigt den Deutschen, den Europäern und auch den Schweizern, welche Haltungen weiterhin

Niedergang bewirken. Doch Krall ist auch überzeugt, dass das Blatt gewendet werden kann. Freiheit statt zentralistischer Bürokratismus ist sein Rezept für eine grundlegende Weichenstellung zurück zu jenen Grundsätzen, die Europa zum führenden Kontinent werden liessen, die Europa neue Chancen eröffnen.

*LangenMüller, München 2024, 208 S., geb., ill. (Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.45*

Bestellschein

Schweizerzeit

BESTSELLER

Ist das euer Ernst? (Hahne) **à Fr. 15.75**

AKTUELL

Ich kauf mir ein Kind (Kelle) **à Fr. 22.95**

Erinnerungen (Schäuble) **à Fr. 44.90**

WHO-Pandemievertrag:
Der finale Angriff auf Ihre Freiheit (Bahner) **à Fr. 28.35**

Der autoritäre Terror (Shapiro) **à Fr. 34.10**

HÖRBUCH

Die Vernunft und Ihre Feinde (Sarrazin) **à Fr. 32.30**

BUCHZEICHEN

Die Stunde Null (Krall) **à Fr. 27.45**

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln.
Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(10/17.05.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Am 20. Mai, 10 Uhr: Nils Fiechter – als Präsident
der Jungen SVP täglich im Medien-Kreuzfeuer.

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

7. Juni 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schliuer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Anian Liebrand

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Hans Fehr, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex
Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Markus
Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler, Thorsten
Polleit, Ulrich Schliuer, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
062 205 75 75, info@dietschi.ch

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Finanzen, Organisation: Daniela Locher

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Ein «Es» gewinnt den ESC

Der Eurovision Songcontest (ESC) zog als weltweit grösstes Musikereignis wieder hunderte Millionen Zuschauer in seinen Bann. Was einst ein ehrwürdiger musikalischer Wettstreit europäischer Nationen war, ist heute ein dekadentes Propaganda-Spektakel im Sinne der kulturmarxistischen Woke-Agenda. Der ESC sollte längst in «Europäischer Sexpropaganda Club» umbenannt werden...

Wo in den 1960er- und 70er-Jahren noch die Lieder und der Gesang im Zentrum gestanden sind, ging es in diesem Jahr wieder um viel Show und Klamauk. Wo früher die Deutschen noch auf Deutsch oder die Dänen auf Dänisch gesungen haben, singen, stöhnen oder krächzen heute fast alle auf Englisch. Ein Auftritt war schriller, bunter, perverser als der andere. Da waren die homosexuelle Briten-Band, deren Mitglieder sich aufreizend aneinander räkeln oder der androgyn wirkende Sänger aus Litauen. Die spanische Sängerin musste natürlich von zwei halbnackten jungen Männern umgeben sein – man will sich schliesslich integrieren und hoffte wohl, mit dieser Anbiederung an die LGBT-Szene mehr Punkte von den Jurys zu ergattern... Was übrigens in die Hose ging.

Das katholische Irland liess sich derweil von einer Sängerin vertreten, die in einer düster-verstörenden Show

satanistischen Symbolen huldigte. Und vor der Halle demonstrierte Greta Thunberg zusammen mit übelsten Antisemitinnen gegen Israel – bevor sie von der Polizei abgeführt wurde. So weit, so nervenaufreibend.

Und trotzdem lasse ich mich immer wieder überreden, diesen verpolitisierten Irrsinn über mich ergehen zu lassen – obwohl ich längst weiss, dass dieser Zirkus für einen gutbürgerlichen «Normalo» mit halbwegs intaktem Wertekompass nur noch schwer zu ertragen ist. Aber irgendwie scheint die Ausstrahlung des in seinen Anfängen beste Absichten verkörpernden ESC all die Müllberge an Zeitgeistschrott noch immer zu durchbrechen. Das gespannte Warten auf die Darbietungen und die Punktevergabe aus den Ländern («12 Points go to...») – einfach einzigartig.

Und so haben wir uns dennoch gefreut, dass die Schweiz am Ende gewonnen hat – mit Nemo, dem non-binären «Es» aus Biel, das fordert, die Schweiz müsse ein amtliches «drittes Geschlecht» einführen. Unsere ESC-Verantwortlichen haben das Spiel heuer perfekt gespielt. Die Chancen auf einen Sieg konnten kaum besser sein, wenn man nebst einer guten Stimme und einem guten Song auch noch die richtigen «Begleitumstände» mitbringt ...

Anian Liebrand

Schluss
Punkt